

**Rechtsextremismus
und Antifaschismus**

*herausgegeben von Klaus Kinner
und Rolf Richter*

Schriften 5

herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. und der
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und
Politische Bildung e. V.

Rechtsextremismus und Antifaschismus

Historische
und aktuelle
Dimensionen

*herausgegeben von
Klaus Kinner und Rolf Richter*

Karl Dietz Verlag Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Rechtsextremismus und Antifaschismus : historische und aktuelle Dimensionen /
hrsg. von Klaus Kinner und Rolf Richter. – Berlin : Dietz, 2000
(Schriften / Rosa-Luxemburg-Stiftung ; Bd. 5)

ISBN 3-320-02015-3

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2000
Umschlag: Egbert Neubauer, MediaService
Fotos: Gabriele Senft, Berlin
Typografie: Brigitte Bachmann
Satz: MediaService, Berlin
Druck und Bindearbeit: BärenDruck, Berlin
Printed in Germany

INHALT

Editorial	7
WERNER BRAMKE Antifaschistische Tradition und aktueller Antifaschismus	8
ROLF RICHTER Über Theoretisches und Praktisches im heutigen Antifaschismus	14
KLAUS KINNER Kommunistischer Antifaschismus – ein schwieriges Erbe	45
ANDRÉ HAHN Zum Umgang mit Rechtsextremen in den Parlamenten	52
NORBERT MADLOCH Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus	57
Vorbemerkung	58
Rechtsextremistische Tendenzen und Entwicklungen in der DDR, speziell in Sachsen, bis Oktober 1990	63
Hauptetappen der Entwicklung des Rechtsextremismus in den alten Bundesländern bis zur deutschen Vereinigung 1990	106
Zur Entwicklung des Rechtsextremismus im geeinten Deutschland 1990 bis 1990 – besonders in den neuen Bundesländern	146
Ursachen und Perspektiven des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik	206
ROLAND BACH Zur nationalen und sozialen Demagogie der extremen Rechten	215

Anhang	251
NORBERT MADLOCH	
Lexikalische Erläuterungen zu den im Rechtsextremismus-Teil verwandten Hauptbegriffen	252
<i>Rechtsextremismus</i>	253
<i>Rechtsradikalismus = Grauzone</i>	255
<i>Rechtspopulismus</i>	256
<i>Faschismus/Nazismus – Neofaschismus/Neonazismus</i>	257
<i>Neue Rechte</i>	261
<i>Rassismus</i>	264
<i>Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit</i>	266
<i>Antisemitismus</i>	267
<i>Nationalismus</i>	268
<i>Militarismus</i>	270
<i>Geschichtsrevisionismus</i>	271
Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR	273
Die Autoren	294

EDITORIAL

Die vorliegende Publikation ist Frucht längerwährender Bemühungen, Antifaschismus und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in Beziehung zu setzen und die historische und aktuelle Dimension des Antifaschismus für linke Politik heute zu hinterfragen. Unter Federführung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen wurden diese Fragen am 20. Juni 1999 auf einer Konferenz gemeinsam mit dem PDS-Landesvorstand Sachsen, der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag und dem Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten erörtert. Resultat dieser Konferenz und weiterführende Studien machen die Substanz dieses Bandes aus.

Es galt, Positionen zu gewinnen, die Antifaschismus als unverzichtbares Erbe einer humanistischen, gegen die äusserste Reaktion gerichteten Bewegung begreifen, die das 20. Jahrhundert massgeblich beeinflusst hat. Demokratische und humanistische Politik – so wurde herausgearbeitet – ist per se dem Antifaschismus verpflichtet. Umgekehrt kann sich eine solche Politik in der Gegenwart nicht in einem antifaschistischen Selbstverständnis erschöpfen. Ein breites Bündnis gegen rechts sollte sich auf den Antifaschismus gründen, wird aber von diesem nicht vollständig gedeckt. Auch kann Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Spielarten des Rechtsextremismus nicht ausschliesslich auf den Antifaschismus rekurrieren.

Bewahrung des Antifaschismus schliesst seine Historisierung in dem Sinne ein, dass sein historischer Ort bestimmt und somit eine Überforderung und inflationäre Verwendung vermieden wird.

Bewahrung des Antifaschismus heisst auch, die Beschädigungen zu benennen, die er durch machtpolitische Instrumentalisierung in der sich stalinisierenden kommunistischen Bewegung erfuhr. Aktuelle linke Politik muss sich dieser historischen Dimension bewusst sein, wenn sie sich in die Tradition des Antifaschismus stellt. Ob und in wie weit sie diese Politik, einzelne Aktionen oder Politikbereiche unter diesem Begriff firmiert, ist nur für den Einzelfall zu beantworten. Eine eher sparsame Verwendung, die vor allem den historischen Bezug herstellt, scheint angeraten. Ein weites, humanistisches und demokratisches Bündnis gegen die extreme Rechte, die eine sich wandelnde, anpassungsbereite, in den Widersprüchen der modernen Gesellschaft wurzelnde in sich differenzierte Bewegung darstellt, bleibt eine erstrebenswerte und realistische Aufgabe.

Die Herausgeber

WERNER BRAMKE

Antifaschistische Tradition und aktueller Antifaschismus

Der Antifaschismus befindet sich seit dem Kollaps des realen Sozialismus in einer Dauerkrise. Was nicht damit zusammenhängt, daß ihm der Faschismus als Gegner abhanden gekommen ist, sondern damit, daß der Antifaschismus von Anfang an – seit 1920/21, als die Diskussion um ihn in Italien und Deutschland einsetzte und von da aus in der Komintern Einzug hielt – als Begriff und politische Realität vor allem mit der kommunistischen Bewegung verbunden gewesen ist.¹ Der Antifaschismus im weiteren Sinne (d. h. unter Einschluss aller entschiedenen Gegner faschistischer Diktaturen und Bewegungen), der den Zweiten Weltkrieg wesentlich prägte, auch zu einem Zeitpunkt, als er noch unterlegen schien, blieb im Kalten Krieg eine respektable Größe, die trennte oder vereinigte, auf jeden Fall mobilisierte. Er *musste* jedoch in diese Krise kommen, als die sozialistischen Staaten, die den Anspruch des staatsgewordenen Antifaschismus erhoben, zusammenbrachen, nicht zuletzt weil dieser Zusammenbruch fast widerstandslos hingenommen wurde. Damit teilt der Antifaschismus in vieler, aber nicht in jeder Hinsicht das Schicksal der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die insbesondere 1990, z. T. auch etwas später im Zusammenhang mit der Debatte über das vermeintliche Ende der Geschichte geführte Diskussion über die Frage, ob die Arbeiterbewegung am Ende sei, bewies das. Die überwiegend dabei vertretene Auffassung, der Verlust der engen sozialen Bindung an eine abhanden gekommene Klasse bedeute nicht den generellen Verlust politischer und sozialer Erfahrungen dieser sozialen Bewegung, kann auch mutatis mutandis für den Antifaschismus gelten.

Der Vorwurf des zu Legitimationszwecken missbrauchten Antifaschismus – latent schon vorher ein Thema in der ideologischen Systemauseinandersetzung² – wurde in den neunziger Jahren zu einem zentralen Argumentationspunkt, um den Antifaschismus

1 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1985. Fünftes Kapitel, S. 184-227.

2 So besonders im Historikerstreit, in dem von konservativer Seite nicht nur vor allem der sowjetkommunistische Antifaschismus, sondern selbst der nationalkonservative Widerstand diskreditiert wurde. Siehe Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum Historikerstreit, München 1988, S. 51f. Wir Historiker der DDR versäumten es damals, in den Historikerstreit einzugreifen, weil wir glaubten, er ginge uns nichts an.

grundsätzlich als Konzept in Frage zu stellen und gleichzeitig das Gesellschaftssystem des Sozialismus vorerst endgültig zu delegitimieren. Dies geschah insbesondere im Zusammenhang mit der Aufwertung der Totalitarismustheorie: Ganz massiv durch Manfred Wilke, den Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, schon 1990 und dann in der Enquête-Kommission, der den Antifaschismus als illusionär, zur Legitimation des Linksextremismus und als mindestens teilweise totalitär charakterisierte³, ganz ähnlich durch Hans-Helmuth Knütter aus Bonn, ebenfalls seit 1990 und vor allem 1993, der den Antifaschismus als einen Kampfbegriff gegen die parlamentarische Demokratie der BRD wertet und der PDS unterstellt, ihn als „Lebensversicherung“⁴ und als Kaschierung für Theorie-defizite zu benutzen.

Nicht übersehen sollten wir dabei, daß sich diese Auslassungen, von der konservativen Position aus geführt, auch und sicher nicht zuletzt gegen alle die aus dem liberalen Lager richten, die einst mit Kommunisten wenigstens ein Stück des gemeinsamen Weges im Kampf gegen den Faschismus gingen oder – vor allem in den achtziger Jahren – den Kontakt mit Wissenschaftlern aus der DDR suchten wie Jürgen Kocka, Christoph Kleßmann und besonders Peter Steinbach.⁵ Sicher spielt bei den Attacken gegen letztere auch ein wissenschaftliches Inferioritätsgefühl gegenüber den international renommierten „Kollegen“ mit, aber vor allem geht es grundsätzlich darum, das im Konzept des Antifaschismus angelegte breite Bündnis zwischen Kommunisten, Liberalen und selbst rechten Gegnern des Nationalsozialismus als von vornherein verfehlt und den Kontakt zwischen bundesdeutschen und DDR-Wissenschaftlern als Verrat an den Grundsätzen der Demokratie der BRD zu denunzieren. Charakteristisch für den Zustand der politischen Kultur in der Bundesrepublik in den 90er Jahren ist nicht nur, daß diese theoretisch grobschlächtigen und von eindeutiger politischer Tendenz bestimmten Positionen die öffentliche Diskussion und selbst eine quasi offiziöse Zeitschrift wie „Das Parlament“ einigermaßen dominieren.⁶

Bezeichnend sind auch die defensiven, von Rechtfertigungsdruck geprägten Erwidern der Angriffe der linksliberalen sozialgeschichtlichen Schule. Nicht zu übersehen ist auch, daß exponierte Vertreter dieser sozialgeschichtlichen Schule bei der Diskreditierung des Antifaschismus eine nicht unerhebliche Rolle spielen und dabei einer modifizierten Totalitarismustheorie das Wort reden, wie jüngst Hans-Ulrich Wehler bei der Präsentation seines ansonsten nicht uninteressanten Modells des Dreier-Vergleichs von DDR, NS-Diktatur und BRD⁷. Die öffentlich sehr wirksame Antonia Grunenberg von der

3 Siehe Manfred Wilke: Antifaschismus als Legitimation staatlicher Herrschaft in der DDR, in: Bedeutung und Funktion des Antifaschismus. Hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1990, S. 52-64.

4 Hans-Helmuth Knütter: Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken, Berlin 1993, S. 36.

5 Siehe Werner Bramke: Kooperation in der Konfrontation. Begegnungen in der deutsch-deutschen Geschichtslandschaft der achtziger Jahre, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-Deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998, S. 131f.

6 Siehe Klaus Schroeder/Jochen Staadt: Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989, in: Das Parlament, B. 38/1997, S. 15-29.

7 Siehe Hans-Ulrich Wehler: Diktaturen-Vergleich, Totalitarismus-Theorie und DDR-Geschichte, in: Bauerkämper/Sabrow/Stöver: Doppelte Zeitgeschichte, a.a.O., S. 346-352.

Reform-Universität Bremen, Schülerin Blochs, Adornos, Habermas', lastet den Anhängern des Antifaschismus an, sie schleppten immer noch die Bürde des Totalitarismus mit sich herum, und sie sieht in der Mauer – der realen und der in der Erinnerung – einen Ausdruck der Ästhetik des Antifaschismus.⁸ Und ein ganz gewiß rechter Neigungen unverdächtiger Zeitgenosse wie der hochangesehene Timothy Garton Ash, der den Geist des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in der späten DDR erfahren wollte, entdeckte nur Unfreiheit, die Flucht in die innere oder äußere Emigration und nirgendwo das Motiv des Antifaschismus zum Ausharren, etwa bei Christa Wolf oder Stefan Heym.⁹

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen: Der Antifaschismus wird nicht nur als Grundirrtum ausgemacht oder gar als Lüge denunziert, seine heutigen Anhänger sollen auch isoliert werden, wobei die Motive allerdings sehr unterschiedlich sind und z. B. der Abstand zwischen Wilke und Ash riesengroß ist. Wilke will ausgrenzen, skandalisieren und eine politische Tendenz des Illiberalismus durchsetzen, Ash sucht nach tatsächlichen oder vermeintlichen Irrtümern, die einer demokratischen Kultur im Wege standen und stehen. Im Gegensatz zu diesen Positionen stehen die Verteidiger des historischen Antifaschismus, etwa wie die Aktivisten der heutigen Antifa und anderer Gruppen, die sich gegen den Rechtsextremismus verbünden.

Ohne die Bündnisse gegen rechte Übergriffe oder rechte Politik geringschätzen zu wollen, ohne die Rolle der Antifaschisten in diesen Bündnissen herunterspielen zu wollen, steht es uns gut an, zu sehen, in welcher schwieriger Lage, von Isolierungen und Isolierungsversuchen umgeben, alle die stehen, die mit gutem Grund es ablehnen, im Antifaschismus der DDR einfach eine Legitimationsideologie und -strategie und im Antifaschismus heute bestenfalls ein Auslaufmodell erkennen.

Bevor ich auf die nach meiner Auffassung aktuellen Ansätze und Ansatzmöglichkeiten antifaschistischer Traditionen eingehe, halte ich es als Voraussetzung für die Nutzung antifaschistischer Traditionen für notwendig anzuerkennen, daß wir, die wir die im Antifaschismus immanenten demokratisch-aufklärerischen Grundzüge verteidigen, uns in einer Defensivposition befinden. Diese bietet die Chance zu einer nüchternen Bestandsaufnahme, was vor allem heißt: kritische und nicht zuletzt selbstkritische Überprüfung des historischen und gegenwärtigen Arsenal des Antifaschismus.

Heinrich Einsiedel hat 1995 eindringlich davor gewarnt, den Faschismus als Totschlagargument fast für alles, was irgendwie rechts ist oder so erscheint, zu gebrauchen.¹⁰ Diese Mahnung ist nicht nur als eine Absage an eine Phase der KPD-Geschichte zu verstehen – immerhin eine Phase historischer Weichenstellung, in der die KPD eine Faschisierung nahezu der gesamten Gesellschaft zu erkennen glaubte und selbst Verbündete wie Heinrich Mann und Kurt Tucholsky verprellte. Sie ist auch nicht vordergründig auf vergangene Zeiten der Ritualisierung des Antifaschismus zu beziehen. Die Ste-

8 Antonia Grunenberg: Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbeck 1993, S. 179.

9 Siehe Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980 1990, München/Wien 1992, S. 21-27.

10 Wer redet da von Entwarnung? Texte und Analysen zum aktuellen Rechtsextremismus. Mit einem Vorwort von Heinrich Graf von Einsiedel, Berlin 1995, S. 12.

reotypie in der Erinnerung des Widerstandes wurde schon seit den siebziger Jahren, auch in SED-Kreisen, wegen ihrer Wirkungslosigkeit beklagt. Sie richtet sich mehr noch gegen eine *andauernde*, im linken Lager (wenn ein solches existiert) scheinbar unausrottbare Sucht des voreiligen Rechts-Vorwurfs gegen alle, die nicht gleicher Meinung sind, wodurch nicht nur Bündnispartner vor den Kopf gestoßen, sondern – noch weit gefährlicher – das tatsächliche Einsetzen einer Rechtswendung in der Gesellschaft verpasst oder wenigstens nicht glaubhaft angezeigt werden kann.

In diesen Rahmen gehört auch die Beziehungsangst gegenüber dem Nationalismus als Gesinnung, wie ihn z. B. Einsiedel versteht¹¹, was zwar insofern eine rationale Grundlage hat, als der Nationalismus in Deutschland mit dem weitgehenden Verlust der Bindung an das demokratische Prinzip seit der 48er Revolution überwiegend rechtsautoritären Bestrebungen diene. Aber nicht selten diene dem Rechtsextremismus diese Beziehungsangst, indem er ein Vakuum füllte. Ich weiß freilich, daß das Eingehen auf eine nationale Welle oder Gesinnung in Deutschland fast immer eine Gratwanderung darstellte.

Das eben Gesagte zu akzeptieren wird sicher den Verteidigern des Antifaschismus nicht so schwer fallen. Anders sieht es mit Vorwürfen aus, die auch zum Kernbestand der Verfechter der Totalitarismus-Theorie gehören. Dabei handelt es sich zum einen um den schwerwiegenden, aber kaum mit guten Argumenten abzuweisenden Vorwurf, es sei der Antifaschismus gewesen, der grundsätzlich und selbst bei kritisch zur Diktatur des Proletariats Eingestellten die Kritik an grundlegenden Mängeln des Realsozialismus blockierte. Sie blieb Mielke für viele letztlich ein Repräsentant des antifaschistischen Widerstands. Und schließlich der Vorwurf: Die marxistische Methode der Radikalkritik der bürgerlichen Gesellschaft habe sich selbst im Antifaschismus infrage gestellt, weil sie mit ihrem Anspruch auf Alleingültigkeit einer pluralistischen, richtiger: universalistischen Gesellschaft die Absage erteilte.

Der Marxismus als theoretische Grundlage des Antifaschismus habe von vornherein dessen Anspruch, Verteidiger aller humanistisch-demokratischen Werte zu sein, entgegengestanden. Die Radikalkritik an der bürgerlichen Gesellschaft habe auch eine Verteidigung bürgerlich-humanistischer Werte zur Disposition gestellt.¹² Die Autoren derartiger Vorwürfe kommen nicht selten selbst mit der Attitüde des allein Rechthabens und mit einer einseitigen Sicht auf den Marxismus daher. Es wäre aber für uns und in unserer Situation unangemessen, den Kern der Kritik nicht zu prüfen.

Nachfolgend werden andere in der Diskussion ausführlich die Etappen in der Entwicklung des Antifaschismus in Deutschland analysieren. Ich beschränke mich auf Schlaglichter, die diese Etappen beleuchten.

Die Anfang und Mitte der zwanziger Jahre in Deutschland und Italien von Kommunisten, so von Clara Zetkin und Antonio Gramsci, angestellten Überlegungen zur faschistischen Gefahr diagnostizierten den Faschismus als Krisensymptom des Kapitalismus und enthielten im Keim die Erkenntnis, daß sich die faschistischen Bewegungen auch anti-kapitalistischer Revolten bedienten oder mit diesen vermischten.¹³ August Thalheimer

11 Siehe ebenda, S. 11f.

12 Siehe Wolfgang Kraushaar: Die auf dem linken Auge blinde Linke, in: Die Zeit, 11. März 1994, S. 70.

13 Siehe Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem III. Erweiterten Plenum des

hat diesen Ansatz 1928 in seiner Bonapartismus-Theorie verstärkt.¹⁴ Dieser Ansatz ist auch heute nutzbar, vielleicht – flexibel gehandhabt – der immer noch produktivste. Das gilt nicht nur für die Aufdeckung des Zusammenhangs von konservativ-bürgerlichen Ordnungsvorstellungen und rechtsextremistischen Exzessen gegen Ausländer, die angeblich Ruhe und Ordnung beeinträchtigen. Dieser klassenanalytische Ansatz hilft auch verstehen, warum heute vielfach Jugendliche aus Arbeiterhaushalten zu „Faschos“ werden. Die Arbeiter sind eben auch Teil der bürgerlichen Gesellschaft, und ihre erneute, wenigstens partielle Verdrängung aus der Gesellschaft lässt sie zu extremistischen Desperados werden.

Aus dem Jahr 1923 hebe ich ein Exempel des antifaschistischen Kampfes hervor: den einzigen staatlichen Widerstand in Deutschland gegen den drohenden Demokratieverlust der Weimarer Republik durch die »Arbeiterregierung« in Sachsen. Die Zeigner-Regierung stürzte nicht zuerst über ihre Stützung durch die Kommunisten und ihre Verteidigung der proletarischen Hundertschaften. Beides ergab sich vielmehr aus ihrem Angriff – es war nicht nur Abwehr – gegen die Machenschaften der Reichswehr und deren Förderung paramilitärisch-faschistischer Kräfte zur Unterminierung der Demokratie.¹⁵

Dieser einzig wirklich staatgewordene Antifaschismus in Deutschland könnte Anlass dazu geben, über die Rolle des *bürgerlichen* Staates im Kampf gegen den Rechtsextremismus nachzudenken. Antifa- und andere autonome Gruppen werfen z. T. der PDS vor, zu staatsnah zu sein und sie im Kampf mit der Polizei allein zu lassen. Ein Vorwurf, der in mancher Hinsicht verständlich ist; er lässt aber außer Acht, daß der heutige Staat im Kampf gegen den Rechtsextremismus einfach in die Pflicht genommen werden muss, weil es doch so etwas wie einen Gesellschaftsvertrag gibt. Ich beziehe mich hier auf Anregungen Pierre Bourdieus in seinen fundamentalen Auseinandersetzungen mit der „neoliberalen Invasion“ durch die ganzen 90er Jahre.¹⁶ Er verweist das Gerede im neoliberalen Lager von der Rücknahme des Staates in den Bereich der Heuchelei und fordert stattdessen die Sozialpflicht des Staates als einzige wirksame Maßnahme zur Verteidigung der Demokratie ein. Das berührt sich auch mit Überlegungen von Arno Klönne, der Skepsis gegenüber der Macht der antifaschistischen Aufklärung äußert und diese nur dann als erfolgsversprechend ansieht, wenn sie auf der Grundlage sozialer Stabilität praktiziert wird.¹⁷ Denn ohne in der Sozialarbeit das Allheilmittel gegen Rechtsextremis-

Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20. Juni 1923, in: Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 297ff.; Antonio Gramsci: Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens, in: Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig 1980, S. 193-201.

14 Am leichtesten heute zugänglich: August Thalheimer: Über den Faschismus, in: Wolfgang Abendroth (Hrsg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und Funktionen des Faschismus, Frankfurt/M. 1967, S. 19-38.

15 Siehe Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871-1923), Weimar/Köln/Wien 1995, S. 344-414; Jesko Vogel: Die Regierungen Sachsens zwischen passivem Widerstand und Reichsexekution. Magisterarbeit, Leipzig 1999.

16 Siehe Pierre Bourdieu: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998.

17 Siehe Arno Klönne: Der neue rechte Fundamentalismus – ein „Spuk von gestern“?, in: Mattias von Hellfeldt (Hrsg.): Dem Haß keine Chance. Der neue rechte Fundamentalismus, Köln 1989, S. 90-94.

mus zu sehen, so ist doch zu konstatieren, daß dieser nur Masseneinfluss in Zeiten sozialer Verunsicherung erlangt. Diese Inpflichtnahme des Staates ist freilich wieder eine Gratwanderung, weil der Staat, wie er ist, die Repressionsorgane einschliesst, also Polizei und letztlich auch die Armee. Aber wann war der Weg der deutschen Antifaschisten nicht eine Gratwanderung?

Die Entwicklung des Antifaschismus der Kommunisten seit 1935 leitete eine Phase einer gewissen, freilich nicht zu überschätzenden Sensibilität gegenüber der bürgerlichen Demokratie ein und – vor allem – förderte Toleranz-Denken. Beides zusammen bildet den Kern des positiven Erbes des historischen Antifaschismus; Erbteile, die auch im legitimatorischen Antifaschismus nie ganz verdrängt wurden.

Für die heutige Auseinandersetzung mit rechten Bedrohungen sind allerdings die Erfahrungen des Antifaschismus in der BRD wesentlicher als der Antifaschismus der DDR. Darin einbezogen sind sowohl die vor allem aufklärerischen Bemühungen von KPD/DKP, VVN, der DFU u. ä. Kräften wie die antifaschistische und soziale Protestbewegung der sechziger Jahre von Studenten und Gewerkschaften. Diese Aufklärung wurde erst wirksam, als sie Teil der sozialen Bewegung – besonders im Bündnis mit den Gewerkschaften – wurde.¹⁸

In dieser Protestbewegung der sechziger Jahre mehr als im historischen Antifaschismus wurzeln die Antifa- und Protest-Gruppen der 80er und 90er Jahre.¹⁹ Vom klassischen Antifaschismus heben sich diese durch die Zusammenschlüsse in gewollt kleinen Gruppen, auch durch gewisse Abschließung und – was nicht nur der PDS Probleme einbringt – durch nur relative Toleranzbereitschaft aus. In dieser Hinsicht knüpfen sie – wahrscheinlich zumeist unbewusst – an die aufkommende moderne Jugendbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg an, die sich sowohl als Generationskonflikt als auch getrieben von einem Krisenbewusstsein in der bürgerlichen Gesellschaft artikuliert. Die Ähnlichkeiten beziehen sich auch auf äußere Erscheinungen wie die Vermummung und eine geringe Hemmschwelle zur Gewalt. (Thomas Mann würde darin eine Art Freude am Indianerspiel erkennen, was er auch bei Schiller ausmachte.) Der aufklärerische und aufrüttelnde Effekt der Aktionen der Antifa ist unbestritten, wenn auch gelegentlich unbequem. Die Grenze der Zusammenarbeit ergibt sich dort, wo Gewalt von vornherein als Prinzip der Konfliktlösung propagiert und praktiziert wird. Doch ist die PDS gut beraten, mit Verständnis auf Antifa und autonome Gruppen zuzugehen, ohne sie vereinbar zu wollen. Ein spannungsreiches Verhältnis zu dieser Jugendkultur in ihrer Kreativität ist für eine demokratische Partei immer ein positiver Stachel, der antreibt.

Als Fazit der Darlegungen sei vor allem dieses Moment aus dem historischen Erbe des Antifaschismus als demokratischer Bewegung hervorgehoben: Er kann lebendig bleiben, wenn verstanden wird, daß Antifaschisten sich in alle demokratischen Dinge einmischen und nicht vergessen, daß der soziale Gedanke immer mit dem der Freiheit korrespondiert, daß Demokratie die schwierig zu machende Verbindung beider Prinzipien darstellt.

18 Siehe u. a. Gerd Langguth: Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1969-1976, Köln 1976; Karl A. Otto: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970, Frankfurt/M./New York 1977.

19 Zur Entwicklung und gegenwärtigen Situation in der Antifa siehe Antifa, was geht? T. 1, in: CEE IEH 57 der conne island newsflyer sommer 1999, S. 10-15.

ROLF RICHTER

Über Theoretisches und Praktisches im heutigen Antifaschismus

Es existiert weder eine Antifaschismus¹- noch eine Rechtsextremismus-Theorie². Es gibt indes eine Fülle von Erfahrungen, Erkenntnissen und Beobachtungen zu beiden; nicht homogener Natur, sondern selbstverständlich in sich widersprüchlich. Es gibt „die Tat“, d. h. die praktische Handlung, die der antifaschistischen Grundbotschaft zu entsprechen sucht. In einer Zeit, in der täglich neue neonazistische und rechtsextreme Untaten gemeldet werden, wächst unter den in sich differenzierten demokratischen Kräften in Deutschland das Bedürfnis nach Verständigung.

Die hier vorgelegten Notizen eines Historikers ordnen sich in diese Anstrengungen ein. Sie sind im Alltag der politischen Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern entstanden.

I. 1933 und 2000

Fast angekommen im 21. Jahrhundert, wird deutlich, wie untrennbar die deutsche Gegenwart mit dem Jahr 1933, mit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, verbunden ist. Das Jahr 1933 markiert die Zäsur in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das bedeutet keine Aufwertung des Nazismus. Es ist eine nüchterne wissenschaftliche Feststellung. Dem Dichter Johannes R. Becher war 1945 das historische und ethische Ausmaß „der Bürde von Schmach“ bewusst. Er erkannte, „dass wir daran noch zu tragen haben werden, wenn der Staub der Naziverbrecher längst in alle

1 Das belegen besonders die Bände Antifaschismus. Hrsg. von Frank Deppe, Georg Fülberth und Rainer Rilling, Heilbronn 1996; Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz, Köln 2000.

2 Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Hrsg. von Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler, Opladen 1996; Richard Stöss: Über aktuelle Tendenzen des Rechtsextremismus in Deutschland. Vortrag auf einem Akademischen Abend der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, Dietrich-Bonhoeffer-Haus, 21. März 2000.

Winde verweht sein wird“.³ Das Jahr 1933 – oder anders gesagt: die Zeit der Nazidiktatur von 1933 bis 1945 – tritt im Jahre 2000 allenthalben den Deutschen entgegen: beim großen Blick auf die historischen Jahrhundert- und Jahrtausend-Darstellungen; in den täglichen Nachrichten der Medien über alten und neuen Nazismus; in den Spielplänen von Kinos und Theatern bis hin zum verwandtschaftlichen Gespräch über Rentenberechnungen vor 1945 oder beim stillen Sichten von Fotoalben der Familie nach Todesfällen.

Die Geschichte des deutschen Faschismus, der sich Nationalsozialismus nannte, hat sich mit einer neuen Dichte von beklemmenden Themen und bohrenden Fragestellungen in das öffentliche Bewusstsein der Deutschen und darüber hinaus auch der internationalen Öffentlichkeit gehoben.

Folgendes sei hier nur erwähnt:

Neues Material und neue Erkenntnisse wurden über die ökonomischen und finanziellen Mechanismen des deutschen Faschismus gewonnen, so in Bezug auf das finanzielle und kulturelle Vermögen, das Juden geraubt und mit Hilfe internationaler Banken für die Nazis gesichert wurde.⁴

Ins internationale Blickfeld und in die weltweite Debatte kamen das nazistische System der Zwangsarbeit und der Umgang der Bundesrepublik mit diesem Thema.⁵

Neu aufgeworfen wurde die Frage nach dem Umgang mit Schuld und Verantwortung in Deutschland und nach „Normalität“ und Schlussstrich, so im Zusammenhang mit der Walser-Rede⁶, der Walser-Bubis-Diskussion⁷ und weiteren Reaktionen auf Walser⁸, der Möller-Rede für Nolte⁹.

Kräftige Impulse erhielt die Frage nach dem Umgang mit der Erinnerung und Mahnung im kollektiven Gedächtnis, so im Zusammenhang mit einem Denkmal für die ermordeten Juden und für die Sinti und Roma sowie der Gedenkstättenkultur generell.¹⁰

Drängend wurde das Problem der Verantwortung breiter Teile des deutschen Volkes für faschistische Verbrechen artikuliert, so in den Büchern von Christopher Browning¹¹

3 Johannes R. Becher: Deutsches Bekenntnis. Fünf Reden zu Deutschlands Erneuerung, 3., erw. Auflage, Berlin 1946, S. 51/52.

4 Als Beispiel sei genannt: Johannes Bähr unter Mitarbeit von Michael C. Schneider: Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg, Leipzig 1999.

5 Eine konzentrierte Darstellung der wichtigsten Fragen vermitteln die Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2000.

6 Martin Walser: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1998, Frankfurt/M. 1998.

7 Frankfurt Allgemeine Zeitung, 14. Dezember 1998, S. 39-41.

8 So z. B. Jan Ross: Aus Auschwitz lernen?, in: Die Zeit, 26. November 1998, S. 3; Saul Friedländer: Die Metapher des Bösen, in: Die Zeit, 26. November 1998, S. 50.

9 Festschrift zur Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise 2000 für Wissenschaft und Literatur, hrsg. von der Deutschland-Stiftung e.V., Prien 2000.

10 Als Beispiele seien genannt: György Konrad: Ein jüdischer Garten für alle, in: Berliner Zeitung, 28./29. November 1998, S. III; Heinrich Fink: Antifaschistische Gedenkstätten im Spannungsfeld der Bundesrepublik, in: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz, Köln 2000, S. 511-520.

11 Christoph R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reservepolizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek bei Hamburg 1996.

und Daniel Goldhagen¹², in der Goldhagen-Kontroverse¹³, der Wehrmachtsausstellung und ihrer Rezeption¹⁴.

Vertiefte Sichten kamen aus der Opfer-Perspektive, besonders über die Erinnerungen Victor Klemperers¹⁵ und anderer.

In einem bislang kaum erfahrenen Maße reagierte die internationale Öffentlichkeit auf die NS-Geschichte, so hinsichtlich der Zwangsarbeiterfrage, so auf der Internationalen Holocaust-Konferenz in Stockholm oder im Urteil eines Londoner Gerichtes über David Irving.

Neue Kunstwerke erregten größere Teile der deutschen und internationalen Öffentlichkeit, so Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“, der Film „Emeleé und Jaguar“ bis hin zu Johannes Kresniks Inszenierung „Hotel Lux“ und künstlerische Leistungen, die einen kleineren Kreis erreichten, wie Christine Pertens Grafikarbeiten über Sinti und Roma.

Regional konzentrierte Ausstellungen, etwa über den Umgang von NS-Finanzämtern und von Hausnachbarn mit dem Eigentum jüdischer Bürger nach 1933, ziehen in manchen Städten Aufmerksamkeit auf sich.

Auch die Faschismusforschung, die nur einen kleineren Teil von Spezialisten erreicht, entwickelte sich in Deutschland weiter.¹⁶ Hier sei nur, ohne diese Arbeiten forschungs- und historiographiegeschichtlich zu werten, auf neue biographische Arbeiten zu Best, Papan, Abs, Hitler, Speer, Heß; auf historische Arbeiten über die Banken, Versicherungen und Verlage sowie zu verschiedenen Organisationen, wie das Rote Kreuz, in der NS-Zeit verwiesen. Neue Nachschlagewerke entstanden. Zu vielen Einzelfragen wurden materialgesättigte Arbeiten vorgelegt.

In jeder Woche berichten die Medien über eine Ereignis oder über ein Projekt zum Thema „Nazismus und ...“ Auch die Kriminal- und Thriller-Literatur ist längst davon erreicht worden – man nehme beispielsweise Glenn Medes „Unternehmen Brandenburg“. Neu herausgegeben wurden künstlerisch bedeutende DEFA-Filme in Videoform wie „Der Rat der Götter“ (produziert 1950; Buch: Philipp Hecht/Friedrich Wolf, Regie: Kurt Maetzig), „Die Mörder sind unter uns“ (erster DEFA-Film, produziert 1946, Buch und Regie: Wolfgang Staudte) oder „Die Abenteuer des Werner Holt“ (produziert 1964 nach dem 1960 erschienen gleichnamigen Roman von Dieter Noll, Uraufführung Februar 1965; Buch: Klaus Küchenmeister/Joachim Kunert, Regie: Joachim Kunert). Das gebündelte Hervortreten der Geschichte des deutschen Faschismus dürfte mehrere Ursachen haben: der Zusammenbruch des realsozialistischen Ostblockes, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundenen völkerrechtlichen Regelungen und his-

12 Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

13 Hier sei nur verwiesen auf: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Hamburg 1996; Ulrike Becker, Frank Behn u. a.: Goldhagen und die deutsche Linke oder die Gegenwart des Holocaust, Berlin 1997.

14 Hier sei nur verweisen auf den Band: Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten. Hrsg. von Johannes Klotz/Ulrich Schneider, Köln 1997.

15 Eine Übersicht über die einschlägigen Arbeiten Klemperers in: Neue Promenade. Hrsg. vom Aufbau-Verlag Berlin, Nr. 6, Frühjahr 1999.

16 Dazu: Der Judenmord war das Kernereignis des Jahrhunderts. Interview mit Prof. Dr. Ulrich Herbert, in: Die Welt, 16. März 1998, S. 9.

torischen Besinnungen, der so deutlich fühlbare Abschluss von Geschichtsetappen der Nachkriegszeit, die Formulierung neuer historisch-politischer Fragen nach der geschichtlichen Bilanz, schmerzhaftes Identitätsprobleme, die Öffnung bislang verschlossener Archive, das Hervortreten von von der NS-Zeit unbelasteten Generationen von Wissenschaftlern und Politikern in die erste Reihe u. a. m. zählen dazu.

Die Zäsur 1933 ist mit unserem Leben untrennbar verbunden. Daraus abzuleiten, dass in Deutschland eine blühende antifaschistische Politik, Kultur und Lebensauffassung das Antlitz des Landes bestimmten, wäre indes eine gefährliche politische Fehleinschätzung. Aber die einmal entstandene und sich interessierende und sich dabei verändernde Öffentlichkeit eröffnet einem geschichtsbewussten, gegen Nazismus und die extreme Rechte gewandten Handeln neue Möglichkeiten. Dafür gilt eine Grundnorm. Nicht der Ausstieg und die Flucht aus der Geschichte bieten Lösungen, sondern nur eine entschiedene Abfuhr an alle Versuche, einen Schlusstrich unter die NS-Zeit zu ziehen. Mehr noch: Immer wieder neu gefordert ist das Begreifen, dass eben diese NS-Geschichte zur historischen Identität Deutschlands gehört, mit der umgegangen werden muss, mit der sich die Generationen immer wieder neu auseinander setzen müssen, um klaren Sinnes zu sagen: „Nie wieder!“ Der Faschismus bleibt eine Vergangenheit, die nie vergeht.

Diese Kardinalaussage ist nicht zuletzt deshalb aktuell und muss an die Spitze aller Auseinandersetzungen gesetzt bleiben, da im Dezember 1998 bei einer ZDF-Umfrage zur Holocaust-Debatte sich die Hälfte aller 1275 Befragten dafür aussprachen, einen Schlusstrich unter das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte zu ziehen. 44% widersprachen dieser Ansicht.¹⁷

Es verwundert nicht, daß in dieser Situation auch der Stalinismus ab und an wieder sichtbar hervortritt und sich antifaschistische Reputation verschaffen will. Dies geschah in einer Todesanzeige für Erich Mielke, den langjährigen Minister für Staatssicherheit der DDR, in der dieser von „Kameraden und Kampfgefährten“ und von der „AG Kämpfer und Freunde der Spanische Republik 1936-39“ als „Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien“ gewürdigt wurde.¹⁸ Diese unvermittelte, dumm-freche Würdigung, die alles ausblendet, was dieser erbärmliche Mann vom Rang eines Verbrechers an menschlichen Existenzen vernichtet hat, musste von vielen Jüngeren, die sich dem verantwortungsbewussten Umgang mit Geschichte verpflichtet fühlen und in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechte stehen, als Faustschlag ins Gesicht empfunden werden – und war von den Stalinisten, die Meister im Spalten von Bewegungen sind, offensichtlich auch so gedacht (vom Doppelgesicht des Spanischen Krieges, in dem nicht nur der Antifaschismus, sondern auch der stalinistische Terror präsent war, ganz abgesehen).¹⁹ Stalin hat den Raum noch nicht verlassen. Auch künftige antifaschistische Erbe-Arbeit wird mit seinem Gedankengut und seinen Vasallen rechnen müssen. Ermutigung und neue Perspektiven für Varianten demokratischen Geschichtsverständnisses eröffnen sich dann, wenn die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und seinen Verbindungen zum Antifaschismus gesucht und wissenschaftlich fundiert geführt wird.²⁰

17 Neues Deutschland, 15. Dezember 1998, S. 1.

18 Neues Deutschland, 31. Mai 2000, S. 5.

19 Wilfriede Otto: Erich Mielke-Biographie, Berlin 2000, S. 77ff.

20 Als Beispiele seien hier nur genannt: Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis

Der Faschismus bleibt das, was er stets war: ein System des Verbrechens, das zum Untergang führen musste. Das Wissen über dieses System ist heute immens größer als etwa Ende der vierziger Jahre. Das Bild hat sich geändert, indem es genauer, schärfer, größer geworden ist. Insofern haben es die Forschung und die Geschichtskultur durchaus mit einem „anderen“ Faschismus zu tun. Aus diesem sich verändernden Bild erwachsen – und dies ist ein wichtiger Gesichtspunkt in der geistigen Bekämpfung der extremen Rechten für jene, die aus der Auschwitz-Geschichte lernen wollen – oftmals neue, sie bestätigende Argumente, Fakten und Erkenntnisse. So erhielt die gegen Faschismus, Antisemitismus und neuen offenen oder verdeckten Rassismus gerichtete Arbeit eine Stärkung aus einer Richtung, aus der sie so rasch nicht unbedingt zu erwarten war: von der Populations- und der molekularen Genetik. Die Arbeiten auf diesem Felde veränderten die Vorstellungen zur Variation des Menschen. Das Konzept der „Rasse“ – und hier soll nicht die faschistische Interpretation gemeint sein –, das aus der Vergangenheit in das 20. Jahrhundert übernommen worden ist, wurde angesichts neuester Erkenntnisse völlig obsolet. Das „Rassen“-Konzept wurde zu vielfältigen Menschenrechtsverletzungen benutzt. Ursprünglich wurden „Rassen“ des Menschen als genetisch einheitlich, aber untereinander verschieden angesehen. Menschliche Vielfalt sollte so erfasst werden. Die moderne Biologie indes zeigte, dass diese Definition völlig unangemessen ist. Neueste Erkenntnisse stützen nicht die frühere Auffassung, die viele in der demokratischen Schule gelernt haben: dass menschliche Populationen in getrennten „Rassen“, wie „Afrikanische“ oder „Eurasische“ klassifiziert werden können. Neueste Erkenntnisse besagen: Es ist leicht, zwischen Menschen aus verschiedenen Teilen der Erde Unterschiede in der äußeren Erscheinung zu erkennen (Hautfarbe, Pigmentierung, Morphologie des Körpers, des Gesichts usw.). Aber: Die zugrunde liegende genetische Variation selbst ist viel weniger ausgeprägt. „Rassismus ist der Glaube, dass menschliche Populationen sich in genetisch bedingten Merkmalen von sozialem Wert unterscheiden, so dass bestimmte Gruppen gegenüber anderen höherwertig oder minderwertig sind. Es gibt keinen überzeugenden wissenschaftlichen Beleg, mit dem dieser Glaube gestützt werden könnte.“ Die menschliche Vielfalt ist mit starren Begriffen „rassischer“ Kategorien oder dem traditionellen „Rassen“-Konzept nicht zu charakterisieren. „Es gibt keinen wissenschaftlichen Grund, den Begriff ‚Rasse‘ weiterhin zu verwenden.“ Diese Feststellungen einer UNESCO-Erklärung zur Rassenfrage stammen aus dem Jahre 1995.²¹ Der 26. Juni 2000, der Tag, an dem die Entschlüsselung des menschlichen Erbgutes von Wissenschaftlern und Politikern bekannt gegeben worden ist, erhärtete diese Aussage: Das Erbgut aller Menschen ist gleich.²² Diese Erkenntnis gilt als eine Revolution in der Geschichte des Menschengeschlechtes.

Zurück zur extremen Rechten: Zum ideologischen und politischen Kern des Rechtsextremismus werden gemeinhin ein zugespitzter Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Militarismus gerechnet, die mit allen Mitteln bis hin zu modernsten Medien

und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999; Moskau 1938. Szenarien des Grossen Terrors. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999; Karlen Vesper: Das Schweigen gebrochen. Die sowjetischen Speziallager 1945 bis 1950 in Deutschland, in: Neues Deutschland, 21. Juni 2000, S. 2.

21 UNESCO-Erklärung zur Rassenfrage, in: Rundbrief, hrsg. von der AG Antifaschismus/Rechtsextremismus beim Parteivorstand der PDS, Berlin, Jg. 1999, Heft 2, S. 25/26.

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 27. Juni 2000, S. 1, 55ff.

verbreitet werden. Er ist grundsätzlich demokratiefeindlich. Fundamentaler Antikommunismus und Antisozialismus verbinden sich mit einer breit gefächerten sozialen Demagogie und mit Anbiederungen. Die extreme Rechte in Deutschland und in Europa am Eingang des 21. Jahrhunderts verfügt selbstverständlich über vielfältige sichtbare und auch verdeckte Wurzeln in der NS-Zeit und im internationalen Faschismus vor 1945. Gleichwohl wäre es arg vereinfacht und gar falsch, bezeichnete man die heutige extreme Rechte nur als „ewig Gestrige“ und würde sie – bewusst oder unbewusst – konzeptionell nur als Neuauflage oder Kopie der Nazis vor 1945 betrachten. Eine andere Sicht, die die Existenz von brutalem Neonazismus nicht bestreitet und die die Verbindung der heutigen extremen Rechten zum Faschismus vor 1945 nicht aus dem Blick verliert, wäre folgende: Die extreme Rechte der Gegenwart ist sehr differenziert. Sie ist zudem eine Rechte im Wandel. Sie bildet eine aus den Realitäten und Widersprüchen der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sich entwickelnde, sehr gefächerte, wandlungsfähige und anpassungsbereite, gleichwohl grundsätzlich demokratiefeindliche Bewegung. Sie ist Teil der modernen Gesellschaft und will in ihr Normalität, Akzeptanz, Einfluss und Dominanz gewinnen. Sie sucht für sich Gewinn aus Entwicklungen wie den Folgen des Globalisierungsprozesses, von Bevölkerungsbewegungen, Flüchtlingsströmen und einer wachsenden Anzahl von Asylsuchenden zu schlagen. Sie will aus den tiefen sozialen Widersprüchen, so auch aus dem ökonomischen und sozialen West-Ost-Gefälle in Deutschland, Kapital schlagen. Sie hofft auf nationalen Hader zwischen ethnischen Gruppen, die auf unterschiedliche Weise an Modernisierungsprozessen beteiligt oder von ihnen ausgeschlossen sind. Sie schlängelt sich hinein in die Gerechtigkeitsdiskussion und sucht den demokratischen Kräften die Gerechtigkeitsidee zu stehlen. Sie nutzt die biographische Verwurzelung von Ostdeutschen in der DDR-Geschichte und stellt sich als eigentliche Interessenvertreter von Ostdeutschen dar. Sie profitiert von Defiziten in der Europäischen Union, so vom Fehlen einer europäischen Sozialunion, vom Einsatz ausländischer Arbeiter als Brecher sozialstaatlicher und tarifrechtlicher Regelungen, von der Korruption etablierter Staatsparteien, von Regierungskriminalität, von der Zögerlichkeit und Unfähigkeit herrschender Eliten, vom allgemeinen Reformstau. Aufschlussreich ist die Feststellung im Verfassungsschutzbericht 1998, dass „eine bedenkliche Erosion zwischen Demokraten und Extremisten“ zu verzeichnen sei.²³ Es sind die realen Widersprüche ökonomischer, sozialer, politischer, ökologischer, kultureller, juristischer Art, an die der Rechtsextremismus in der modernen Zeit anzuknüpfen sucht, ohne dass eine vollständige Identifizierung mit der NSDAP und mit dem Faschismus vor 1945 erfolgen muss und ohne dass jene tiefgreifenden Krisenprozesse in Staat und Gesellschaft wie 1933 zu vermerken wären.

Ganz offensichtlich sucht die extreme neue Rechte in Deutschland nach einer stärkern theoretischen Ausrichtung und Ausstrahlung. Davon zeugt die im Mai 2000 erfolgte Gründung des Instituts für Staatspolitik, das als „Organisations- und Aktionsplattform“ einer „Öffentlichkeitsoffensive“²⁴ dienen soll. Es ist mit den Namen Götz Kubitschek, Stefan Harz und Karlheinz Weißmann verknüpft. Verbunden mit diesem Institut ist die Edition Antaios. Aufschlussreich ist auch die neu gebildete Schönhuber-Mahler-Kump-

23 Verfassungsschutzbericht 1998, Bonn 1999, S. 67.

24 Junge Freiheit, Nr. 17, 21. April 2000, S. 13.

nei, die konzeptionsbildend auf die extreme Rechte wirken und auch in antifaschistischen Foren Darstellungsmöglichkeiten erhalten will.²⁵

Schauen wir nach Österreich. Die Ergebnisse der Nationalratswahl in Österreich am 3. Oktober 1999 führten zum bisher größten Rechtsruck in der Republik. Die Liberalen (LIT/Liberales Forum) kamen nicht mehr in das Parlament, da sie unter 4% blieben. Der Haider-Partei, der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ), gelang ein Sieg, indem sie mit 26,9% der abgegebenen gültigen Stimmen die Größenordnung der beiden österreichischen Traditionsparteien, der sozialdemokratischen und der konservativen, erreichte. Sie wurde knapp zweitstärkste Partei. Das geschah in einem Parteiensystem, das als eines der stabilsten in Europa galt. Besonders erfolgreich war die FPÖ in der jüngsten Wählergeneration, speziell bei jungen Berufstätigen. In diesem Wählersegment lag die FPÖ ebenso wie in der Gruppe der berufstätigen Männer und in der Arbeiterschaft an erster Stelle, bei Selbständigen und Freiberuflern nimmt sie mit 33% die zweite Position ein. In der Arbeiterschaft hat die FPÖ ihren Stimmenanteil seit den fünfziger Jahren von ca. 3% auf ca. 47% gesteigert (SPÖ 1999 nur noch ca. 35%).²⁶ Die FPÖ-Wählerschaft sieht ihre ideologische Position überwiegend in der politischen Mitte; im Regelfalle etwas rechts vom Bevölkerungsdurchschnitt.²⁷ Innerhalb des Motivationsgefüges, für die FPÖ zu stimmen, stehen an der Spitze Argumente wie: weil die FPÖ schonungslos Missstände und Skandale aufdeckt, weil sie frischen Wind und Veränderungen bringt, weil sie gegen die Zuwanderung von Ausländern eintritt.²⁸

Mit der Wahl 1999 in Österreich erkannte erstmals eine etablierte konservative Partei in Europa einen extremistischen Konkurrenten offiziell als politik- und koalitionsfähig an. Damit wurde die Grenze zwischen demokratischem Konservatismus und Rechtsradikalismus verwischt. Die FPÖ erlangte staatstragende Präsenz. Sie festigte sich als Wahlpartei auf hohem Niveau. Sie ist die erfolgreichste Partei der extremen Rechten in Europa.

Vieles scheint an diesem Erfolgsprojekt noch nicht ausreichend entschlüsselt zu sein. Manches aber scheint ablesbar zu sein. Haider ist kein zweiter Hitler. Die Mehrzahl seiner Anhänger und Wähler sind keine Nazis. Gefährlich wird diese Bewegung, weil sie etwas Neuartiges, noch längst nicht ausreichend Begriffenes repräsentiert. Es handelt sich nicht nur um populistischen Protest und herkömmliche Demagogie. Zum einen steht dahinter das Konzept der sogenannten Neuen Rechten, das einen neuen, zukunftssträchtigen, entschlossenen Konservatismus sucht, der mit der Ideologie einer „organischen Demokratie homogener Völker“ verbunden ist. Der Erfolg der Haider-Partei dokumentiert ein wachsendes Unbehagen gegenüber dem Modernisierungsschub, der durch den ungleichmäßigen, oft zu raschen europäischen Einigungsprozess ausgelöst wird. Der Erfolgskurs der FPÖ könnte auch als ein Beleg für eine Veränderung des Parteiensystems in Europa gelten. Die herkömmlichen, scheinbar dauerhaften Parteiblöcke verlieren an Ausstrahlungs- und Bindekraft. Eine Identitätskrise droht den Konservativen (dies gilt auch für die CDU in Deutschland). Eine regierungstaugliche FPÖ kann zum Vorbild für

25 Horst Mahler/Franz Schönhuber: Schluss mit dem deutschen Selbsthass. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Berg am Starnberger See 2000.

26 Fritz Plasser/Peter A. Uram: Protest ohne Parteibindung, in: Hans-Henning Scharsach (Hrsg.), Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 137.

27 Ebenda, S. 138.

28 Anton Pelinka: Die rechte Versuchung, in: ebenda, S. 56.

eine ideologisch und strategisch erneuerte Rechte in ganz Europa werden. Ein deutscher Haider ist vorläufig nicht in Sicht. Nicht vergessen werden sollte aber, dass der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber seiner österreichischen Schwesterpartei ausdrücklich eine Koalition mit der FPÖ empfohlen hatte. Von der Entwicklung in Österreich ist nach den Worten Paul Spiegels, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, „die gesamte Wertegemeinschaft in Westeuropa betroffen“. Spiegel befürchtet auch, dass in Deutschland ein Mann wie Haider „ebenso großen Erfolg“ haben könnte.²⁹ Vieles an der Haider-Partei ist schwer fassbar, zumal sie sehr stark manövriert.³⁰ Sie versucht nicht, die NS-Verbrechen zu leugnen; sie hält vielmehr das immer wieder neue Verweisen auf die Vergangenheit für überholt, für unmodern, der Zukunft nicht gerecht werdend. Die FPÖ verfolgt mit ihrem Kurs der „plebiszitären Erneuerungsbewegung“³¹ ein autoritäres, unsoziales Gesellschaftsprojekt, das außerhalb der faschistischen Dimension liegt. Das erste gelungene postfaschistische Projekt der äußersten Rechten in Europa ist erfolgreich, weil die Loslösung vom traditionellen Rechtsextremismus und vom Nazismus geglückt ist. Das ist eine höchst interessante Erkenntnis.³² Dahinter steht auch die Beobachtung, dass eine Synthese von Tradition und Moderne im Auftreten der FPÖ ein besonderes Gewicht erhält. Die FPÖ wird von neu gewonnene Wählerschichten, die in der Partei dominant sind, getragen (während die Extremen nur noch einen kleinen Teil der Wählerschichten repräsentieren), weil sie die realen Probleme, Defizite und Widersprüche in der österreichischen Republik aufgreift und weithin sichtbar und zudem geschickt an den Pranger gestellt. „Entstaatlichung, Abbau von Monopolen und das Aufbrechen von Parteienallmacht sind also das Gebot der Stunde. Jene politische Gruppierung, die in der Lage war, diese Fragen zu thematisieren und gegen die Herrschaft des politischen Establishments zu instrumentalisieren, sollte also sui generis den Schlüssel zur Systemveränderung in der Hand haben.“³³ Diese Forderungen nach einer Dritten Republik bedeuten nicht die verschleierte Forderung nach einer Neuauflage der NS-Ordnung. Ralf Ptak schreibt dazu: „Vielmehr geht es um die Befreiung des durch Sozialstaat und Parlamentarismus in seiner vollen Entfaltung eingeschränkten Kapitalismus.“³⁴ Ein neuartiges, in vielem neoliberales Modell soll mit der Beseitigung des Wohlfahrtsstaates und seiner demokratischen Mechanismen angepeilt werden. Sozialpolitik soll zur Privatangelegenheit herabgestuft werden. Immer wieder greifen dazu die FPÖ-Vertreter die „unkontrollierte Diktatur der Apparate“³⁵ an, die sie als Vertreter der österreichischen Sozialpartnerschaft ausgemacht haben. Es geht um die absolut freie Marktwirtschaft als Dritter Weg, als eine „befreite Zukunft jenseits von links und rechts“³⁶.

29 „Ein Mann wie Haider hätte großen Erfolg“. Paul Spiegel über Gefährdungen der deutschen Demokratie, in: Berliner Zeitung, 3. März 2000, S. 7.

30 Siehe auch: Der Westentaschen-Haider. Hrsg. von Hubertus Czernin, Wien 2000, in dem akribisch Haider-Aussprüche dokumentiert werden, um die Auseinandersetzung mit ihm zu erleichtern.

31 So Haider-Berater Andreas Mölzer, zitiert nach Ralf Ptak: Rechtsextremes Fundament-Neoliberales Substanz-Marktgerichte Präsentation. Aufsatz. Xerokopie, im Besitz des Vf., S. 2.

32 Franz Schandl zitiert nach Ralf Ptak: Das FPÖ-Projekt der 90er Jahre, a.a.O., S. 8.

33 Andreas Mölzer: Dritte Republik in den Startlöchern, in: Junge Freiheit, Jg. 1995, Heft 42, S. 22.

34 Ralf Ptak: Das FPÖ-Projekt der 90er Jahre, a.a.O., S. 3.

35 FPÖ. Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs 1985, Ziffer 54.

36 Jörg Haider: Befreite Zukunft jenseits von links und rechts – Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend, Wien 1997.

Das österreichische Beispiel zeigt, dass sich in der Entwicklung der extremen Rechten etwas Neues vollzieht, das weder mit dem bekannten Vorkriegsfaschismus noch mit bislang erfahrenem Rechtsextremismus der vergangenen Jahre abgedeckt ist. Es ist eine extreme Rechte im Wandel, die für erschütterte oder auch für vorausschauende Konservative ungewöhnlich anziehend werden könnte. Tabus bröseln auf.

Im Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB ist zu lesen: „Vor einer historischen Parallelisierung des Phänomens (des Rechtsextremismus in Deutschland heute zu 1933 – R. R.) und seiner Ursachen sei gleichwohl gewarnt. Nicht ein unseliges Kapitel deutscher Geschichte ist zurückgekehrt, die Geschichte hat vielmehr ein neues Kapitel aufgeschlagen, das mit Rechtsextremismus möglicherweise nur ungenau überschrieben ist. Dieser formt heterogene und widersprüchliche Versatzstücke zu einem Weltbild, das mit dem nationalsozialistischen, trotz historischer Anleihen, nicht identisch ist.“³⁷

Im Jahr 2000 sind wir also in den geistigen und politischen Auseinandersetzungen auf vielfältige Weise in das Jahr 1933 zurückverwiesen wie aber auch vor völlig neue Herausforderungen gestellt.

II. Über die Mühsal des Weges

Oft hört man den Satz „Die Bundesrepublik treibt weiter nach rechts.“ Diese Aussage will demokratische Wachsamkeit signalisieren. Zweifelsfrei ist diese auch angebracht, war doch die Geschichte des Nationalsozialismus nicht zuletzt eine Geschichte seiner Unterschätzung. Dennoch darf ein solcher inhaltsschwerer Satz nicht leicht dahin gesagt werden, zumal wenn er seit Jahrzehnten wiederholt wird.

Im Kampf gegen alte und neue Faschisten und in der Auseinandersetzung mit einer extremen Rechten im Wandel wirkt Hemmendes und Förderndes, Begünstigendes und Bremsendes. Die Widersprüchlichkeit der historischen Entwicklung ist auch hier strikt im Blick zu behalten und vor allem für die politische Arbeit zu nutzen.

Zunächst treten Schärfe, Brutalität und Demagogie der Neonazis und extremen Rechten in Deutschland deutlich und fassbar hervor.

In den vergangenen zehn Jahren wurden in Deutschland mehr als 100 Menschen von Neonazis ermordet.³⁸ Am 1. Juni 2000 starb in Eberswalde ein Jugendlicher, nachdem er von einem Naziskinhead zusammengeschlagen und vor ein fahrendes Auto gestoßen wurde. Am 11. Juni 2000 wurde in Dessau Alberto Adriano aus Moçambique bei einer rassistischen Attacke so verletzt, dass er wenige Tage später verstarb. In Düsseldorf wurde am 3. Juli ein Grieche durch rechte Schläger schwer verletzt. Im Juli 2000 ermordeten in Ahlbeck Neonazis einen Obdachlosen. Am 18. Juli 2000 hingen in Elmshorn Plakate, auf denen der IG-Metall-Vorsitzende Uwe Zabel bedroht wird. Auf ihn hatten

37 Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, hrsg. von der Grundsatzabteilung des DGB-Bundesvorstandes (Redaktion: Dieter Pougin), Berlin, Mai 2000, S. 6.

38 So die Angaben von Frau Ulla Jelpke (MdB), die dazu recherchierte. Die Bundesregierung spricht lediglich von 16 Toten, in: Neues Deutschland, 16. August 2000, S. 1.

Nazis ein Kopfgeld von 10 000 DM ausgesetzt. In Potsdam wurden am 25. Juli 2000 zwei Jungen aus Kenia und Kongo von vier Männern angegriffen, ein Kind wurde aus der haltenden Straßenbahn geworfen. Am 29. Juli 2000 hetzten etwa 30 Neonazis zwei Asylbewerber durch die Stadt Eisenach. Jüdische Friedhöfe wurden verwüstet. In Uetersen wurde auf eine türkische Moschee ein Brandanschlag verübt. Im Internet breiten sich zunehmend nazistische und rechtsextreme Seiten aus. Im Juli 2000 ging der Verfassungsschutz von ca. 350 entsprechend präparierten Internetseiten aus.³⁹

Auch Folgendes muss aufhorchen lassen. 1997 gab fast ein Drittel der befragten Europäer an, „sehr“ oder „ziemlich“ rassistisch zu sein. Ferner ergab diese Untersuchung der Europäischen Kommission, dass fast die Hälfte der Europäer, die sich als „sehr“ oder „ziemlich“ rassistisch bezeichnen, mit der Politik ihrer Regierungen nicht zufrieden ist. Im Vergleich zu der vorangegangenen groß angelegten Studie von 1989 ergibt das eine klare Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Während 1997 41% der Europäer den Eindruck hatte, dass die Angehörigen ethnischer Minderheiten oder die Menschen anderer Staatsangehörigkeit, Religion und Kultur zu zahlreich seien, vertraten 1989 nur 37% der Bevölkerung diese Meinung. Gleichzeitig wurde dem Kampf gegen den Rassismus immer weniger Bedeutung beigemessen (36% im Jahre 1989 verglichen mit 22% im Jahre 1997).⁴⁰ Befragt, wie sie sich die Gesellschaft im Jahre 2010 vorstellen, antworteten im Sommer 2000 51% der befragten Deutschen, dass es mehr Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern geben wird; 39% meinten, dass weniger Rücksicht auf Ausländer und Minderheiten genommen werden wird; 71% gehen davon aus, dass die Gesellschaft kälter und egoistischer werden wird.⁴¹

Mehr noch: Im Jahre 1999 wurde gegen Jugoslawien ein – formell nicht erklärter – Krieg geführt, an dem alle NATO-Partner sowie die neu beigetretenen Staaten Polen, Tschechische Republik und Ungarn teilnahmen. Während der 73 Tage dauernden insgesamt 35 000 Einsätze von Kriegsflugzeugen kam es zu katastrophalen Auswirkungen auf die serbische Zivilbevölkerung. Drei führende deutsche Friedensforschungsinstitute beurteilten in einem am 8. Juni 1999 in Berlin vorgestellten Gutachten die Kosovo-Kriegführung der NATO als Mißerfolg. Die NATO, die für diese Aktion kein UNO-Mandat besaß, hat gegen die UN-Charta verstoßen und das Völkerrecht gebrochen. Auffällig indes war eine Interpretation, mit der die deutsche Politik, vertreten durch den Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) und Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD), ihre Beteiligung an diesem völkerrechtswidrigen Bombardement zu rechtfertigen suchten. Ihr Argument lautete „Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg“. Man glaubte anfangs an einen Übermittlungsfehler. Deutschland begründete seine Beteiligung am Krieg mit antifaschistischen Ur-Losungen! Statt alle Mittel, die der UNO zur Gebote stehen, phantasievoll, kreativ und umsichtig auszuschöpfen und zu bereichern, um der jugoslawischen Führung und ihrer brutalen Politik in den Arm zu fallen –

39 Reiner Burger: Aufrufe zum Mord im Internet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. August 2000, S. 3.

40 Jahresbericht 1998 (Zusammenfassung). Teil I. Hrsg. von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, o.O., o.J., S. 2.

41 Renate Köcher: Zwischen Fortschrittsoptimismus und Fatalismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August 2000, S. 5.

ein die UNO ausschaltende und neben der UNO-Charta weiter Verträge mißachtendes Bombardement! Damit wurde ein neue Auschwitz-Lüge geboren, wie eine Gruppe von Holocaust-Überlebender in einem Offenen Brief an Fischer und Scharping treffend betonte.⁴² Der von der Bundesregierung schließlich entwickelte eigene 5-Punkte-Plan enthielt den Ansatz politisch und diplomatischer Kreativität, die indes vor dem Bombenkrieg zwingend notwendig gewesen wäre.

Aus den vielfältigen Erfahrungen der Außenpolitik seit 1990 resümierte im Juni 2000 Egon Bahr, ehemaliger Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt in den Jahren 1967 bis 1969: „Ich bin wirklich beunruhigt, dass wir am Vorabend einer neuen konfrontativen Politik stehen, mit einem neuen Wettrüsten, einer neuen Rüstungsgewalt.“⁴³ Und eventuell einer Konfrontations- Ordnungs- und Hegemonialpolitik, die sich als Vollstrecker antinazistischer Geschichtslehren darstellt?

Besorgniserregende Erkenntnisse gehen von vielen soziologischen Studien aus. „Wissen Sie, wer oder was Auschwitz ist? Jeder fünfte Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren kann in Deutschland diese Frage nicht beantworten. Ca. drei Millionen Deutsche können mit dem Begriff ‚Auschwitz‘ nichts anfangen. Nur ein Drittel der Befragten konnte die Zahl der in den Lager Ermordeten zumindest einigermaßen zutreffend benennen. Ein Drittel der Befragten sind der Meinung, dass die Berichte über Konzentrationslager übertrieben seien.“⁴⁴ Im Mai und Juni 2000 hatte die Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und das Otto-Stammer-Zentrum der Freien Universität Berlin 1 850 Menschen über 18 Jahre befragt.⁴⁵ Danach haben 12% der Berliner und 21% der Brandenburger eine rechtsextreme Grundhaltung. Die Zahl der Personen mit einer rechtsextremen Gesinnung sind in den vergangenen zwei Jahren gestiegen. Bei knapp einem Drittel der Brandenburger aus den unteren sozialen Schichten stellten die Forscher rechtes Gedankengut fest, bei Berlinern sind es 13%. Während in Brandenburg 37% der Arbeitslosen als rechtsextrem gelten, sind es in Berlin 23%. Jeder dritte Brandenburger und jeder sechste Berliner, der sich sozial verschlechtert, tendiert zum Rechtsextremismus. Besonders ausgeprägt war das rechtsextreme Weltbild in den Altersgruppen der 55- bis 74-Jährigen mit rund 20% in Berlin und 25% in Brandenburg. Bei den 18- bis 24-Jährigen dachten in Berlin 8%, in Brandenburg 16% rechtsextrem. In Berlin vertreten 10% und in Brandenburg 15% der Befragten die Ansicht, dass Ausländer „so schnell wie möglich“ Deutschland verlassen sollten. 9% gehen davon aus, dass „Juden einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich haben“. Nur ein Drittel der Befragten anerkennt die Demokratie. Mehr als ein Drittel der Menschen mit rechtsextremer Einstellung wählt gar nicht. 60% tendieren zu etablierten Parteien. So würden 17% ihre Stimme der CDU, 31% der SPD und 9,5%

42 Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge, in: Frankfurter Rundschau, 23. April 1999, S. 16.

43 „Laßt uns so tun, als seien wir souverän.“ Über die Politik der Ostverträge. Egon Bahr und Günter Gaus im Gespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 7/2000, S. 80.

44 Claudia von Salzer: Erschreckende Ahnungslosigkeit über Holocaust, in: Tagesspiegel, 18. Februar 2000. – Die Studie stammt von Alphonse Silbermann und Manfred Stoffer: Auschwitz: Nie davon gehört? Erinnern und vergessen in Deutschland, Berlin 1999.

45 Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg. Ausgewählte Befragungsergebnisse für die Pressekonferenz am 11. August 2000. Hrsg. von der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und dem Otto-Stammer-Zentrum an der FU Berlin.

der PDS geben. Der bekannte Forscher Richard Stöss, der an dieser Studie mit beteiligt war, sagte dazu: „Der Rechtsextremismus ist keine Parteiensache ... Die Einstellung der Menschen ist der Boden, auf dem sich Rechtsextremismus und Gewalt entwickeln.“ Stöss fügte hinzu, dass in Deutschland die rechtsextremistischen Straftaten im Vergleich zu anderen Ländern Westeuropas „extrem hoch“ seien. Von etwa 1 500 Fällen in den 80er Jahren sei die Zahl auf rund 10 000 Straftaten jährlich gestiegen.⁴⁶

Im Juli 2000 verwies der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik – nachdem er die Bundesrepublik als den erfolgreichsten deutschen Staat der Moderne gewürdigt hatte –, darauf, „dass die Republik den Kriterien eines aufgeklärten demokratischen Gemeinwesens allenfalls knapp, wenn überhaupt genügt“. Er machte diese Wertung an folgenden Punkten fest: Die von vielen als Durchbruch zu einem nicht völkischen, sondern republikanischen Gemeinwesen erhoffte Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts fiel halbherzig und im Vollzug unpraktikabel aus. Die von mindestens einigen angestrebte würdige Auseinandersetzung mit historischer Schuld und kollektiver Verantwortung im Zug der Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas ist lange Zeit in unwürdigem Gezänk, parlamentarischem Finassieren und hintersinnigen Geschäfts- und Verfahrensdebatten hängen geblieben. „Die Art und Weise, wie Flüchtlinge vom Innenminister einer rot-grünen Bundesregierung im so genannten Flughafenverfahren erniedrigt und bisweilen in Wahnsinn und Tod getrieben werden, spottet jeder Beschreibung. Dass die deutsche Jugend zu 62% der Auffassung ist, in Deutschland lebten zu viele Ausländer, lässt sich nur als deprimierend bezeichnen.“⁴⁷

Nicht zuletzt wirken einerseits Lethargie und Desinteresse in großen Teilen der Bevölkerung und andererseits ein fest verwurzelter Antisozialismus und Anti-Anti-Faschismus, verwoben mit einer Nazismus und Krieg verharmlosenden, oftmals gar partiell verteidigenden und preisenden Lebensposition.⁴⁸

Die genannten Fakten sind sehr ernst zu nehmen. Dennoch müssen jene Faktoren, Bedingungen und Kräfte mitgedacht werden, die diesen Tendenzen entgegenstehen. Nennen wir zu Beginn solche Fakten wie die Einführung eines Gedenktages in der Bundesrepublik für die Opfer des Nationalsozialismus (am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz). Traditionstage und Rituale gehören zur Geschichtskultur eines Volkes. Ein solcher Tag bietet stets die Chance der Besinnung und gibt im Medienzeitalter den entsprechenden interessierten Gruppen gute Möglichkeiten.

Von Gewicht sind auch internationale Aktivitäten der letzten Jahre. Vom 26. bis 28. Januar 2000 fand auf Initiative des schwedischen Ministerpräsidenten Persson das „Stockholmer Internationale Forum über den Holocaust“ statt. Delegationen aus knapp 50 Ländern nahmen teil. In ihrer Schlusserklärung betonten sie, dass der Holocaust

46 Studie zu rechtsextremer Einstellung, in: Berliner Zeitung, 12./13. August 2000, Beilage Berlin, S. 22.

47 Micha Brumlik: Über die Verwechslung von Standortpolitik und Verantwortung. Laudatio auf den „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“ und seinen Sprecher Lothar Evers, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2000, S. 832.

48 Dazu viel Material und Argumente bei Gerhard Zwerenz: Krieg im Glashaus oder Der Bundestag als Windmühle, Berlin 2000.

(Shoa) „die Fundamente der Zivilisation grundlegend in Frage gestellt (hat) und dass das schreckliche Leid der vielen Millionen anderer Opfer der Nazis ebenfalls eine unauslöschliche Narbe auf dem europäischen Kontinent hinterlassen (hat)“. Das Forum forderte, mit Hilfe von Bildung, Forschung, Erinnerung den Holocaust im kollektiven Gedächtnis zu bewahren. „Da die Menschlichkeit noch immer von Völkermord, ethnischen Säuberungen, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit verletzt wird, teilt die internationale Gemeinschaft eine feierliche Verpflichtung, gegen dieses Übel anzukämpfen.“⁴⁹

Diesen Anliegen folgte auch das Urteil des Londoner Gerichts, des Royal High Court, als vor ihm der britische Autor David Irving scheiterte. Irving versuchte seit 1988 im Sinne der extremen Rechten und den Neonazis die Sicht auf den Holocaust zu revidieren und hatte gegen das Buch einer USA-Wissenschaftlerin⁵⁰ geklagt, die sich mit dem Hauptrepräsentanten der Auschwitz-Leugnung, besonders mit dem Institute für Historical Review und seinem Aktivistin Willis A. Carto, auseinandergesetzt hatte. Um der USA-Historikerin neues Material gegen Irving zu liefern, half auch die Regierung des Staates Israel. Sie gab die Aufzeichnungen Adolf Eichmanns frei, in denen dieser nicht etwa den Holocaust, sondern nur seine eigene Mitverantwortung geleugnet hatte.⁵¹ Nach Urteil des Gerichtes ist Irving ein „Antisemit und Rassist“. Irving hat den von ihm gegen Lipstadt angestrebten Prozeß verloren. Das ist ein Erfolg im Kampf gegen den Neozionismus und den Antisemitismus.

Eine weitere Hilfe auf internationaler Ebene bildet die Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 11. Februar 1993 (angenommen mit zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale. Interessant und besonders für die deutsche Debatte gewichtig ist jene Passage in der Einleitung zum Beschluss, in dem unter Punkt B jedwede Verquickung zwischen den nationalsozialistischen Lagern und ihrer etwaigen Nutzung nach dem Krieg, etwa nach der Formel „Opfer gleich Opfer“, abgelehnt wird.⁵² Gewiss, es sind zuerst Worte. Ihnen im Leben Gewicht und Nachdruck zu verleihen, wird stets Anliegen praktischen Handelns sein müssen.

Höchst interessant ist auch die Gemeinsame Erklärung, verabschiedet vom Gipfel des Sozialen Dialogs (UNICE, EGB, CEEP)⁵³ am 21. Oktober 1995 in Florenz. Hier vereinbarten Repräsentanten von europäischen Gewerkschaftsverbänden und Arbeitgeberverbänden Folgendes zur Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie zur Förderung der Gleichberechtigung am Arbeitsplatz: „Die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung und die Förderung der Chancengleichheit sind Grundwerte

49 Stockholm Erklärung des Internationalen Forums über den Holocaust vom 28. Januar 2000, in: Kölner Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2000, S. 375.

50 Deborah E. Lipstadt: Leugnen des Holocaust. Rechtsextremismus mit Methode, Reinbek bei Hamburg 1996.

51 Ulrich Schneider: Irving vor Gericht, in: Der rechte Rand, März/April 2000, S. 17.

52 antifa-Rundschau, 1998, Heft 1, S. 11.

53 UNICE: Union des Industries de la Communauté Européenne, EGB: Europäischer Gewerkschaftsbund; CEEP: Centre Européen d'Etudes de Phosfat.

des gemeinsamen kulturellen Erbes und Bestandteil der Rechtstradition aller europäischen Staaten.“⁵⁴ Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellen eine ernsthafte Bedrohung nicht nur für die Stabilität der europäischen Gesellschaft dar, „sondern auch für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft“. Die Unterzeichner verpflichteten sich, „eine aktivere Rolle bei den vereinten Bemühungen um Verhütung der Rassendiskriminierung zu übernehmen und in ihrem eigenen Einflußbereich, nämlich dem Arbeitsplatz, gemeinsam dagegen vorzugehen. Arbeit ist ein wesentlicher Faktor sowohl für den Lebensunterhalt als auch für die soziale Eingliederung der Menschen. Außerdem sind harmonische Arbeitsbeziehungen und die bestmögliche Nutzung aller Fähigkeiten ausschlaggebende Elemente der Effizienz von Unternehmen. Darüber hinaus kann sich die Schaffung und Verbesserung harmonischer Beziehungen innerhalb von Unternehmen und Organisationen als Modell für die Gesellschaft als Ganzes erweisen und eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit spielen.“ Die Unterzeichner riefen auf, Erfahrungen zu sammeln und „neue Modelle für Verhaltensregeln“ zu erarbeiten.⁵⁵

Im Vorfeld der Entstehung der rot-grünen Bundesregierung 1998, der einschlägigen Koalitionsvereinbarungen und ihrer Umsetzung waren zwei Aktivitäten gegen den Rechts extremismus zu verzeichnen.

Die erste war im Sommer 1998 eine Kancelabkündigung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Sie ging vom 1. Johannesbrief 4.1 aus, in dem es heißt: „... prüft die Geister, ob sie von Gott sind“. An Gemeindeglieder und an alle Menschen guten Willens gewandt, hieß es u. a.: „Widerspricht laut und deutlich, wenn über Flüchtlinge und Asylsuchende, über andersgläubige, andersfarbige und andersdenkende Menschen abfällig geurteilt und böse gezwitert wird.“⁵⁶ In Ostdeutschland gehörten 1998 ca. 22% der Bevölkerung zur evangelischen Konfession.⁵⁷

Die zweite umfaßt eine Reihe gewerkschaftlicher Initiativen. Insgesamt waren Ende 1997 in Deutschland ca. 10,5 Mill. Arbeiternehmerinnen und Arbeiternehmer gewerkschaftlich organisiert, davon rund 8,6 Mill. im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).⁵⁸ Nachdem soziologische Untersuchungen nachdrücklich ein beachtliches rechtsextremes Einstellungspotential unter jungen Gewerkschaftern registriert hatten,⁵⁹ beschloß der 16. Ordentliche Bundeskongreß des DGB, 1999 eine Kommission Rechtsextremismus einzusetzen, die nach einjähriger Arbeit einen Bericht im Umfang von ca. 65 Seiten

54 Gemeinsame Erklärung über die Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie Förderung von Gleichbehandlung am Arbeitsplatz (verabschiedet vom Gipfel des Sozialen Dialogs am 21. Oktober 1995 in Florenz), in: Migrationspolitische Handreichungen. Hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf 1998, S. II-1.

55 Ebenda.

56 Kancelabkündigung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg für den 12. und 15. Sonntag nach Trinitatis, in: Rundbrief. Hrsg. von der AG Antifaschismus/Rechtsextremismus beim Parteivorstand der PDS, Berlin 1999, Heft 1, S. 36/37.

57 Datenreport 1999. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Bonn 2000, S. 531.

58 Ebenda, S. 167.

59 Reinhard Hahn/Hans-Werner Horn: Eine neue rechte Jugend?, in: Frankfurter Rundschau, 8. Februar 1997, S. 14; dies.: Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, 2. Auflage, Weinheim 1997 (=Sonderdruck IDEEN für IG-Metall-

vorlegte, die der DGB-Bundesvorstand am 7. März 2000 zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Die Studie führt rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensmuster nicht auf eine eindeutige Ursache zurück, sondern sieht in Hinblick auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Handlungsperspektiven folgende Erklärungsansätze und deren Zusammenwirken als grundlegend an: „Als Auswirkungen des Modernisierungsprozesses sind Individualisierung (Desintegration und Auflösung traditioneller Werte- und Normenrahmen), Instrumentalisierung der Arbeitsorientierung (Entsolidarisierung, Kosten-Nutzen-Kalkül), eine mit sozialen Ausgrenzungen verbundene Segmentierung, Verabsolutierung des Leistungsprinzips und Angst vor Statusverlust (Wohlstandschauvinismus) zu nennen. Ebenso sind die politische Kultur, in der Medien und Politiker zu einem fremdenfeindlichen Klima beitragen, sowie eine mangelnde politische Gestaltung der multiethnischen Gesellschaft als Ursachen für rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensweisen zu sehen.“⁶⁰ Ein Bündel von Maßnahmen wird gefordert. „Um dem Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen, wirken die Gewerkschaften bei der Herstellung eines gesellschaftlichen Klimas mit, in dem sich Demokratie und Toleranz besser entfalten können. Das bedeutet, dass das Konkurrenz- und Leistungsprinzip mit den demokratischen Grundwerten in Einklang stehen muss. Wirtschafts- und sozialpolitische Modelle, die den Wohlstand der Mehrheit auf Kosten einer marginalisierten Minderheit sichern, lehnen die Gewerkschaften ab. Stattdessen stellen sie der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung und der Ausgrenzung von ‚Leistungsunfähigen‘ ein neues Solidaritätsmodell entgegen, das alle einschließt.“⁶¹ Weiter wird in Bezug auf das Demokratieverständnis die Erkenntnis formuliert, dass die Verankerung und Ausbreitung des Rechtsextremismus in der politischen Mitte „die eigentliche Gefahr für die Demokratie darstellt. Diesen Tendenzen setzen die Gewerkschaften ein Demokratieverständnis entgegen, dass sich nicht in Wahlen erschöpft und auf der politischen Teilhabe aller beruht. Die Gewerkschaften bekennen sich offen zur polyethnischen und multikulturellen Gesellschaft – mit all ihren Vorzügen, Widersprüchen und Konfliktpotentialen.“⁶²

Es werden in dieser Studie folgende Handlungsfelder benannt:

Erstens: der Betrieb. Es muss kurzfristig verhindert werden, dass fremdenfeindliche und rassistische Verhaltensweisen in die Normalität des Betriebsalltages einziehen. Es muss mittelfristig rechtsextremen Orientierungen durch positive Maßnahmen entgegengewirkt werden. Es muss eine konsequente Gleichstellungspolitik betrieben werden. Im Sinne der Florenzer Erklärung muss der Arbeitgeber eingebunden werden. Es sollen alle Entscheidungs- und Arbeitsbereiche einbezogen und durch Betriebsvereinbarungen in eine verbindliche Form gegossen werden. Dazu können u. a. gehören: Ahndung rassistischer Verhaltensweisen, Ausbau von Beschwerdestellen für Diskriminierungsoffer, Maßnahmen zur Förderung ausländischer Beschäftigter und sozialpädagogischer Angebote.

Vorstand); Das rechtsextreme Wählerpotential bei Gewerkschaftsmitgliedern. Eine Untersuchung von Infratest dimap im Auftrag von WDR 2, Ms.-Druck, Köln 1998.

60 Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, hrsg. von der Grundsatzabteilung des DGB-Bundesvorstandes (Redaktion: Dieter Pougin), Berlin 2000, S. 37.

61 Ebenda, S. 37.

62 Ebenda, S. 38.

Es geht letztendlich um eine „betriebliche Strategie, die sich gegen fremdenfeindliches Verhalten richtet und zugleich auf Toleranz und substanzielle Gleichbehandlung zielt ...“⁶³

Zweitens: gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Hier wird vor einem „traditionellen pädagogischen Antifaschismus“⁶⁴ mit seinen begrenzten Möglichkeiten gewarnt. Vielmehr wird die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in Seminaren zur Standortpolitik, zur Globalisierung und zur Sozialstaatskrise empfohlen. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit soll die Selbstverständlichkeit, mit der Minderheiten benachteiligt werden, ins Blickfeld rücken und strikt nach Gleichbehandlungsgrundsätzen fragen.

Drittens: Schule und Berufsschule. „Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Schule, die Kinder und Jugendlichen auf das Zusammenleben in einer multiethnischen, durch kulturelle Differenz geprägte Gesellschaft vorzubereiten.“⁶⁵

Viertens: Medien und Öffentlichkeit. Hier wird insbesondere gefordert, die politische und fachliche Inkompetenz rechtsextremer Parteien zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu entlarven.

Fünftens: die Politik. Stärker sollen die Gewerkschaften ihren Einfluß wirksam machen, um das Thema „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ auf die Tagesordnung zu setzen. Das Thema Migration muss als umfassende politische Gestaltungsaufgabe wahrgenommen werden. Der Bericht endet: „Wo sich keine gesellschaftliche Gegenwehr politisch organisiert und mit modernen Mitteln der politischen Arbeit wappnet, entsteht ein machtpolitischer Freiraum, den extreme Rechte oder populäre Vereinfacher immer leichter glauben ausfüllen zu können.“⁶⁶

Der DGB hat damit eine Fülle von wertvollen Anregungen vorgelegt.⁶⁷

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen war der Kampf gegen den Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt der Politik erklärt worden. Die im April 1999 angekündigte Gründung eines Bündnisses ließ lange auf sich warten. PDS, DGB sowie Organisationen und Einzelpersonen kritisierten diese Zögerlichkeit.⁶⁸ Am Verfassungstag, dem 23. Mai 2000, fand eine von der Regierung getragene Auftaktfeier für das Bündnis statt. An ihr beteiligten sich alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sowie Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppierungen und Institutionen, darunter die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin forderte, „Mahnungen aufzunehmen“; Festredner György Konrád verwies darauf, dass auch der Staat Urheber von Gewalt und Extremismus sein könne. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hob hervor, dass es nicht um ein „Aktionsbündnis“ gehe, sondern um

63 Ebenda, S. 41.

64 Ebenda, S. 42.

65 Ebenda, S. 45

66 Ebenda, S. 53.

67 Die Aktivitäten im DGB sind selbstverständlich viel umfassender und können hier nicht behandelt werden. Siehe auch: Peter Liebers: Das Verteufeln linker Ideen im Osten hatte rechte Folgen. Tagung in Erfurt zu rechten Anhängern in der Arbeitswelt, in: Neues Deutschland, 30. Mai 2000, S. 2; Interview mit Uwe Zabel, IG Metall Elmshorn, in: Der Rechte Rand, 2000, Heft März/April, S. 9; die GEW-Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ widmet sich kontinuierlich diesem Thema, ebenso der Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen.

68 Als Beispiel sei genannt: Die Anfragen von Frau Sabine Jünger (MdB-PDS) im Deutschen Bundestag (Drucksachen 14/1559 und 14/2650).

ein „ideelles Bündnis“, das es sich zur Aufgabe gemacht habe, den demokratischen Verfassungskonsens zu kräftigen und zu erneuern.“⁶⁹ Jeweils am Verfassungstag wolle man sich treffen. Mehr als 1000 Initiativen beteiligten sich an der Auftaktveranstaltung mit Präsentationen auf dem Berliner Bebelplatz. Einige fühlten sich ausgegrenzt, benachteiligt, schlecht oder gar nicht eingeladen oder im Rederecht behindert. Auf einer Ergänzungsveranstaltung, die vom DGB und vom interkulturellen Rat ausgerichtet worden war, diskutierten u. a. Vertreter des Zentralrates der Juden und der deutschen Sportfreunde über rechte Gewalt. Offensichtlich hatte es das Bundesinnenministerium versäumt, Menschenrechtsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen gebührend einzubeziehen. Diese beklagten den Mangel an konzeptioneller Substanz in den Regierungsaktivitäten und empfanden zudem manche Äußerung von Schily als unerträglich und belastend, so jene, nach der „die Belastungsgrenze durch Zuwanderung überschritten sei“.⁷⁰ Etwa 90 Nichtregierungsorganisationen stellten nunmehr ihren Aktionsplan gegen Rassismus vor, mit dem sie einen Beitrag zum Bündnis für Demokratie leisten wollen. Das Netz betrachtete Maßnahmen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ungleichbehandlung als eine Querschnittsaufgabe aller politischen Akteure. Fünf Handlungsfelder wurden ins Auge gefaßt:⁷¹

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung wurde eine Antidiskriminierungsgesetzgebung und -politik gefordert, in der den Opfern Klagemöglichkeiten eröffnet werden. Jährlich sollen Gleichbehandlungsberichte erscheinen. In Bund, Ländern und Gemeinden sollen Stellen für Beauftragte für Gleichberechtigung eingerichtet werden. In das Staatsangehörigkeitsrecht soll die generelle Hinnahme der Mehrstaatlichkeit und Erleichterung bei Anspruchseinbürgerung aufgenommen werden. Im Asylrecht wurde gefordert: Rückkehr zu den internationalen Standards des Flüchtlingsrechts; uneingeschränkte Geltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention; Aufnahme nichtstaatlicher und geschlechterspezifischer Verfolgung als Asylgrund; verbesserter Schutz für besonders gefährdete Gruppen (Frauen, minderjährige Flüchtlinge, Folteropfer, Traumatisierte); Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Es wurde ein integratives Ausländerrecht gefordert, das z. B. nach 5-jährigem legalen Aufenthalt ein Recht auf Daueraufenthalt begründet. Eine Zuwanderungsgesetzgebung soll auf Integration und Gleichbehandlung setzen. Auf dem Gebiet der Arbeit und der Beschäftigung wurde angeregt, allen in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, zumindest für den Zeitraum des legalen Aufenthaltes; Ausweitung der Maßnahmen für Langzeitarbeitslose. Ausländische Beschäftigte sollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Betrieben nutzen. Soziale Mindestnormen bei der Aufnahme neuer Länder in die EU müssen durchgesetzt und insbesondere die Probleme mit der Dienstleistungsfreizügigkeit angegangen werden. Auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung wurde vorgeschlagen, die Schule als Lernort interkultureller Kompetenz zu nutzen. Förderprogramme für bestimmte Zielgruppen sollen entstehen.

69 Berliner Zeitung, 24. Mai 2000, S. 3.

70 Der Tagesspiegel, 24. Mai 2000, S. 7.

71 Dokumentation: Für eine offene, plurale Gesellschaft. 90 Organisationen schlagen breiten Konsens gegen Rassismus, Diskriminierung und Ungleichbehandlung vor, in: Neues Deutschland, 21. Juni 2000, S. 5.

Mehrsprachigkeit soll bereits im Vorschulbereich gefördert und anerkannt werden. Eine gezielte Weiterbildung der Pädagogen soll erfolgen. Ausländische Bildungsabschlüsse sollen einfachere Anerkennung finden. Die Herstellung der Gleichheit aller Schüler vor dem Gesetz wurde gefordert. Auf dem Gebiet der Akzeptanz und des Zusammenlebens wurde vorgeschlagen, die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft auf allen föderalen Ebenen als zentralen Politikauftrag zu verankern. Es wurde zu Runden Tischen in Städten und Gemeinden aufgerufen. Einbürgerungskampagnen, Spracherwerbskampagnen und Aktivitäten, die die Präsenz der Migranten im öffentlichen Dienst erhöhen, wurden gefordert. Ein Aktionsplan soll auf den Weg gebracht und aller drei Jahre überprüft werden.

Die Entwicklung des Bündnisses für Demokratie ist in mancher Hinsicht symptomatisch. Eine Festlegung in einem Koalitionsvertrag zweier Regierungsparteien ist ein Fortschritt, reicht aber nicht aus. Die praktische Inangriffnahme muss parlamentarisch und außerparlamentarisch eingefordert werden. Es wird in Gang gesetzt, betont aber arg einseitig „ideelle Anliegen“ und geht zu Aktionen, was immer darunter verstanden werden mag, auf Distanz. Außerparlamentarische Kräfte unterschiedlicher Natur, gebündelt in einem Netz, entwickeln neue Initiativen. Das ist kein „Drehbuch“: Das ist Politik konkret in Deutschland. Bei allen Begrenzungen und Verklemmungen liegen hier Möglichkeiten und Notwendigkeiten für ein konsequent demokratisches Handeln. Sie auszuloten, zu probieren und optimal auszuschreiten – dies bleibt eine Aufgabe. Sie erfordert Konzepte, die in kollektiven Anstrengungen erarbeitet und präzisiert werden, aber nicht minder wichtig sind Geduld, Augenmaß, Tonlagen. Wertvoll bleibt die Fähigkeit, immer wieder neu aufeinander zuzugehen. Türen müssen offen bleiben; auch schwache Brücken dürfen nicht verbrannt werden; Tischtücher nicht zerschnitten werden.

III. Erfahrung Zwangsarbeiterentschädigung

Die Auseinandersetzung um finanzielle Entschädigung von Zwangsarbeit in Hitlerdeutschland dürfte die wohl bedeutendste antifaschistische Anstrengung in der Bundesrepublik der letzten zwei Jahrzehnte gewesen sein. Am 6. Juli 2000 beschloß der Deutsche Bundestag, zur Entschädigung für Zwangsarbeit eine Stiftung einzurichten. Diese erhält 5 Mrd. DM vom Staat; 5 Mrd. DM soll die deutsche Wirtschaft aufbringen. Diese Entschädigungssumme soll wie folgt verwendet werden: 8,1 Mrd. DM sollen für Zwangsarbeiter gezahlt werden (davon 3,63 Mrd. DM an KZ- und Ghettoarbeiter und 4,42 Mrd. DM an Zwangsarbeiter aus Osteuropa und sonstige), 1 Mrd. DM soll für Vermögensschäden, 0,7 Mrd. DM für einen Zukunftsfond und 0,2 Mrd. als Verwaltungskosten eingesetzt werden. Verteilt wird die Summe von 10 Mrd. DM wie folgt: 2,07 Mrd. von der Jewish Claims Conference und weitere Summen durch Partnerorganisationen in Polen (1,8 Mrd. DM), in der Ukraine und Moldawien (1,7 Mrd. DM), in Rußland, Lettland und Litauen (0,8 Mrd. DM), in Weißrußland und Estland (0,7 Mrd. DM), in der Tschechischen Republik (0,4 Mrd. DM); im Rest der Welt (einschließlich Sinti und Roma – 0,54 Mrd.

DM). Das Geld soll die 1,6 Mill. Opfer, die noch leben, erreichen. Dass dieses Gesetz verabschiedet werden konnte – mit 556 Ja-, 42 Nein-Stimmen, 22 Stimmenthaltungen – ist ein bemerkenswerter Erfolg. In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen war nach 1945 Zwangsarbeit als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft worden. Der Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczynski hatte auf Grund einer sorgfältiger Berechnung 180 Mrd. DM gefordert.⁷² Mit Stand vom Mai 2000 hatten sich von ca. 220 000 angeschriebenen Firmen nur 2 215 Betriebe an der Spendenaktion beteiligt. Es war vor allem der Druck der internationalen Öffentlichkeit, der Opfer und ihrer Interessenvertreter, die in Deutschland einen Prozeß in Gang setzten. In der Bundesrepublik engagierten sich viele, unter ihnen vorbildlich zuerst jene – nunmehr betagten – Menschen, die Opfer des Faschismus waren und die gegen ihn gekämpft hatten. Es gab Demonstrationen vor Banken, Versicherungen und Konzernen, die zu bekannten Großprofiteuren der Zwangsarbeit in Deutschland gehört hatten. Gewicht gewannen der „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“ und sein Sprecher Lothar Evers. Energisch, klug und nicht nachlassend engagierten sich Bundestagsabgeordnete, allen voran Frau Ulla Jelpke (MdB – für die PDS). Die Scheinwerfer waren mit vollem Recht auf jene gerichtet, die die höchsten Gewinne aus dieser Form von Ausbeutung gezogen hatten, wobei die öffentliche Hand nicht vergessen wurde. Zu einer bundesweiten massenhaften Empörung und „eruptiven antifaschistischen Manifestation“ indes kam es nicht. Die Summe von 10 Mrd. DM widerspiegelt wohl das Mögliche. Möglicherweise wurde zu wenig von den Aktiven beachtet, dass es vielen Menschen schwerfiel, die Forderungen als richtig und gerecht zu akzeptieren und zugleich bereit zu sein, finanziell mit einzustehen (z. B. als Steuerzahler). Angesichts eigener sozialer Bedrängungen, fehlendes Geldes, der Gefahr eines weiteren Statusverlustes wurden im Alltag Stimmen etwa in der Art vernehmbar: „Die NS-Zeit war furchtbar. Aber dieses Geld wird jetzt hier dringend gebraucht. Wir sind 20 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus geboren worden. Wie lange sollen wir für etwas zahlen, was wir wirklich nicht begangen haben?“ Selbstverständlich spiegeln sich hier auch tiefer sitzende Verdrängungsprozesse wider.

Es bleibt festzuhalten: Für alle derartigen mit der NS-Zeit verbundenen demokratischen Aktivitäten muss ideenreich und immer wieder neu Öffentlichkeit hergestellt werden. Geeignete, klug bedachte Strukturen (wie der Bundesverband um Evers) erweisen sich als unverzichtbar. Auf einen Automatismus zu hoffen in der Art „Objektiv gerechte Forderung“ – also „Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger“ wäre auch im neuen Jahrhundert schlankweg töricht. Es war wichtig, dass Frau Ulla Jelpke (MdB – für die PDS) in ihrem Beitrag für das Gesetz betonte, dass es keinen Schlussstrich darstellt. Demokratisches Bewusstsein, Handeln im Sinne historischer Verantwortung wird sich nüchtern darauf einstellen müssen, dass Distanz, Zynismus und Ohnmachtsgefühle stärker wachsen werden als antifaschistische Verantwortungsbereitschaft.

Gewiss: 10 Mrd. DM sind zu wenig. Rechtlich ist die deutsche Wirtschaft auch künftig nicht verantwortlich zu machen. Zum ersten Male hat der Deutsche Bundestag ein Ge-

72 Thomas Kuczynski, Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ auf der Basis der damals erzielten zusätzlichen Einnahmen und Gewinne. Hrsg. von der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Ms.-Druck.

setz verabschiedet,⁷³ dessen reales Inkrafttreten von einer externen Institution, der „Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft“ abhängt. Beschämend ist es, dass die bei den Verhandlungen nicht repräsentierten Opfergruppen bei der Auszahlung diskriminiert werden (so etwa Sinti und Roma, sofern sie nicht in einem der fünf an den Verhandlungen beteiligten mittel- und osteuropäischen Staaten leben oder nicht-jüdische Häftlinge der KZ- und Arbeitserziehungslager aus den Ländern Westeuropas oder nicht-jüdische Häftlinge der KZ- und Arbeitserziehungslager sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in Staaten Mittel- und Osteuropas leben, die bisher nicht an den Verhandlungen beteiligt waren und nicht-jüdische NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Mittel- und Osteuropa, die nach 1945 nicht in ihre kommunistisch regierten Heimatländern zurückgekehrt sind und gewiß noch manch andere Gruppe).⁷⁴

Zugleich aber ist zu sehen und für den weiteren Weg als Erfahrung mitzunehmen: Es werden 10 Mrd. DM für die Opfer von Zwangsarbeit bereitgestellt. „Keiner von uns hätte im März 1997 geglaubt, dass eine solche Summe zu erkämpfen wäre“, sagte im Juli 2000 Lothar Evers. Und er hob hervor, wie wichtig es war und bleibt, „Spielräume zu nutzen“⁷⁵. Nicht zu vergessen: Zum ersten Male wurde in einem Gesetz der Bundesrepublik die Verantwortung deutscher Unternehmen festgestellt und fixiert, dass sie „an dem nationalsozialistischen Unrecht beteiligt waren“.⁷⁶

IV. Nahes und Fernes, Aktuelles und Perspektivisches

Jeder weiß, dass gegen neonazistische Gewalt oft Sofortmaßnahmen notwendig sind. Es ist notwendig, einen Libanesen und seinen kleinen Kiosk vor neonazistischen Schlägern zu schützen. Es ist notwendig, Heime für Asylbewerber, denen Hass und Feuer drohen, sofort zu schützen. Es kann notwendig sein, gegen neonazistische Parteien, Organisationen und Selbstdarstellungen zügig mit Verboten vorzugehen. Dieses sofortige Handeln ist wichtig und hat seinen politischen Wert. Perspektivisch wird es indes darauf ankommen, im Gesamtklima der Gesellschaft dafür zu sorgen, dass der Holocaust, das germanozentrische Weltherrschaftsstreben und die prinzipielle Menschenfeindlichkeit des Nazismus im gesellschaftlichen Gedächtnis bleiben und auf neue Generationen von Demokraten motivationsbildend wirken kann. Es gibt keinen Königsweg in der Auseinandersetzung mit Neonazismus, aber es gibt Erfahrungen, Erkenntnisse und Sichtweisen. Eine solche Blickrichtung darf nicht vergessen werden. Eine langfristige demokratische, gegen die extreme Rechte gerichtete Anstrengung darf sich nicht in pädagogischen und wissenschaftlichen oder kulturellen Leistungen erschöpfen – so wichtig, eigenständig

73 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vom 2. August 2000, in: BGBl, Jg. 2000 Teil I Nr. 38, S. 1263-1269.

74 Lothar Evers, Die Opfer der NS-Zwangsarbeit und die solide Arroganz der Macht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 2000, Heft 7, S. 841.

75 Ebenda, S. 843.

76 Gesetz zur Errichtung ..., a.a.O., S. 1263.

und unersetzbar diese auch sind. Vielmehr ist die Gesamtgesellschaft in den politischen Blick zu nehmen. Dazu gehört auch, die tatsächlichen Ursachen für soziale Unsicherheiten, Defizite, Übel in der Gesellschaft offen zu legen. Dazu gehört auch die schwierige Aufgabe und große Herausforderung, für die verschiedensten Felder Alternativpolitik auszuarbeiten, wie für Arbeitsbeschaffung, Ausbildungsplätze, Wohnungspolitik, Migration, Tarifwesen, Rente, Bildungspolitik, Kultur. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach dem Maßstab gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung, die oft mit ernsthaften Reformanstrengungen verbunden ist, aber ist und bleibt „der harte Kern jeder sozialpolitischen Alternative“.⁷⁷ Die Lösung der sozialen Probleme kann nur von politischen Kräften erreicht werden, die einer neuen politischen Logik und Kultur Geltung verschaffen. Langfristig wären solche Handlungspotentiale zu formen. Reformen tiefgreifender qualitativer Art erfordern die Bewegungen von unten, in die auch die Erfahrungen in der Bekämpfung des Neonazismus und der extremen Rechten einfließen müssen. Die Verfügungsgewalt der Kapitaleigner zugunsten von Elementen demokratischer Kontrolle zu beschränken, um den Wirtschaftsprozeß an demokratischen gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren – dies wäre auch ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Freilich, das ist ein langfristiges Anliegen. Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland bietet dafür mit den Artikeln 15 und 20 des Grundgesetzes sowie mit Länderverfassungen Ansatzmöglichkeiten. Indem reale Probleme einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden, können die Wirkungsbedingungen für den Rechtsextremismus bedeutend verschlechtert werden. In diesen Auseinandersetzungen gilt es, mehr Demokratie zu wagen. Dabei ist auch die Erfahrung zu vermitteln, dass sich im demokratischen, auf die Verfassungen gestützten Engagement Partizipationschancen verbessern können – und nicht in der Hinwendung zu rechtsextremen Lösungen. Indem der Oben-Unten-Gegensatz thematisiert wird und indem die demokratische und die soziale Frage miteinander verbunden werden, kann eine neue Kultur der Solidarität in der Gesellschaft entstehen, die wiederum den Rechtsextremismus schwächen kann.

Nahes und Fernes stehen so in den politischen Anstrengungen dicht nebeneinander.

Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, was unter dem Antifaschismus-Begriff und -Anspruch real zu leisten ist. Greifen viele Forderungen und Sichtweisen nicht zu weit? Ufert die reale Handlungsmöglichkeit nicht aus, wenn unter Antifaschismus auch Antisexismus, Antipatriarchalisches, Feminismus, Gleichstellung, Antirassismus, Asylhilfe, Migration u. v. a. m. gefaßt wird? Wird nicht auch auf diese Weise der Holocaust relativiert? Hier sei dafür plädiert, unter dem Thema „Antifaschismus in der Gegenwart“ folgendes zu verstehen:

- die Verteidigung und Erklärung, Darstellung und Erforschung antifaschistischer Anstrengungen aller Art vor 1945, wobei der Antifaschismus als eine bedeutende Idee und Bewegung und begriffen sowie als ein Erfahrungspotential behandelt wird, das zum nationalen und internationalen Erbe der Völker zählt und das eine politische wie kulturelle Verbindungslinie zwischen den Staaten und Völkern darstellt;
- die weitere Erforschung und Darstellung der Geschichte des Faschismus vom Stand-

77 Reinhard Kühnl: Gefahr von rechts?, Heilbronn 1990, S. 136.

punkt der Demokratie und des Humanismus, der besonders dem Bekenntnis „Nie wieder Faschismus und Krieg!“ verpflichtet ist;

- die Aufarbeitung der Antifaschismus-Rezeption nach 1945 in der Phase des postfaschistischen Antifaschismus bis zur Gegenwart;
- der wache, verantwortungsbewusste und energische Widerstand in vielfältigen Formen gegen jedwede Form von Faschismus und Nazismus sowie Krieg in der Gegenwart.

Natürlich wird der Antifaschismus damit historisiert und aktualisiert; er wird vor Ausuferung, die ihm die Schärfe nimmt und ihn zur Beliebigkeit verurteilt, geschützt. Diese Präzisierung trägt auch der Tatsache Rechnung, dass die Bundesrepublik keine nazistische Diktatur darstellt, dass diese auch nicht vor der Tür steht, dass als gesellschaftsstrategische Aufgaben Nr. 1 sozialpolitische Fragen stehen. Noch einmal sei die These aufgegriffen, dass sich die extreme Rechte in Deutschland und vielleicht auch in Europa im Wandel befindet. Mit dem Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge sei festgehalten: Der traditionelle Rechtsextremismus war ein Befürworter der ökonomischen Staatsintervention und der sozialen Prozesssteuerung. Seine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wurden von Paternalismus, Protektismus und (Sozial-)Patriotismus geprägt. Der sich modernisierende Rechtsextremismus hat mit dem „alten“ Faschismus noch manches gemeinsam, ist aber gar nicht vorstellbar ohne Bezug auf die populärsten Losungen des Neoliberalismus. Statt Volk, Nation, Familie nunmehr Markt, Profit und internationale Konkurrenzfähigkeit des Industriestandortes. Privatisierung öffentlicher Unternehmungen und Dienstleistungen, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse bilden jene Zauberformel, um den Standort „D“ zu sichern.⁷⁸ Mit dem Sozialstaat stirbt die Demokratie. Das Sozialstaatsgebot aber ist im Grundgesetz (Artikel 20) verankert. Gefahren drohen also nicht nur von der völkischen Kyffhäuser-Mystik, von Wunsiedel-Wallfahrten und NPD-Aufmärschen am Brandenburger Tor und vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe, von bewaffneten Neonazis in der Sächsischen Schweiz. Gefahr droht auch von einer Gruppierung, die das Konzept des Standortnationalismus, das als ein Bindeglied zwischen Neoliberalen, der extremen Rechten und den Neuen Rechten figuriert, favorisiert. Auf Grund einer Adaption neoliberaler Thesen baut der heutige, sich modernisierende Rechtsextremismus zum ersten Male seit 1945 an einer „modernen“ Pogrammatik, die weitgehend dem gesellschaftlichen Mainstream entspricht und die mit den Interessen einflußreicher Eliten korrespondiert. Diese Teile der extremen Rechten wollen sich an die Spitze des Fortschrittes stellen. Die Sinnkrise des Sozialen bildet einen günstigen Nährboden für den Rechtsextremismus, obwohl er keinen Beitrag zur Lösung sozialer Probleme leistet. Die extreme Rechte verbindet ihre Kritik am „Versorgungsstaat“ mit Polemik gegen die politische Klasse, die Systemparteien und den Parteienfilz.⁷⁹

Viele neue Fragen werden für Deutschland und für Europa durch Asylsuchende, Aussiedler, Fluchtbewegungen, Arbeitskräftewanderbewegungen, Kriegsflüchtlinge, Spezialistenaustausch, Einwanderungen unterschiedlichster Art aufgeworfen werden. Dahinter stehen oft objektive Prozesse mit ökonomischen Ursachen; oft geht es um die

78 Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 2. überarbeitete Auflage, Opladen 1999, S. 89.

Sicherung von Leib und Leben von Menschen und Menschengruppen. In manchen Zeiten können solche Fragen eine außerordentliche Schärfe erreichen. In Deutschland lebten Ende 1997 etwa 7,4 Mill. Ausländerinnen und Ausländer. Das entsprach 9,0% der Bevölkerung.⁸⁰ Eine andere Zahl: Von 1951 bis Ende 1998 hat der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCHR) weit über 30 Mill. Menschen bei der Rückkehr in ihr Heimatland oder bei der Integration in eine anderes Land geholfen. Anfang 1998 standen über 22 Mill. Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen unter dem UNHCHR-Mandat. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge wird jedoch auf fast 50 Mill. Menschen weltweit geschätzt.⁸¹ Nicht zuletzt die Öffnung der Grenzen zu den ehemaligen Ostblockstaaten, die Liberalisierung und Erweiterung der Arbeitsmärkte in der Europäischen Union, die Globalisierung generell zwingen zu der nüchternen Feststellung, dass Deutschland im 21. Jahrhundert stärker als im 20. Jahrhundert mit solchen differenzierten, andauernden Wanderungen und Einwanderungen konfrontiert sein wird. Sie werden nicht nur bei Kriegssituationen auftreten, sondern vielmehr Normalität werden. Damit werden für die Republik viele neue, bislang wenig oder unbekannte Herausforderungen und – selbstverständlich – auch kräftige Konflikte verbunden sein. Dazu ist eine kluge Migrationspolitik als eine umfassende Gestaltungspflicht vonnöten, die auf die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Bevölkerungsgruppen gerichtet sein muss. Ein neuer gesellschaftlicher Konsens muss dafür wohl erst noch entstehen. Das aber reicht auch weit über „antifaschistische Aufgaben“ hinaus. Ein großer gesellschaftlicher Lernprozeß ist vonnöten. Nicht jeder, der diese komplizierten Bewegungen nicht sofort in all ihren Konsequenzen begreift und distanziert ist, darf Rassist genannt werden. Die Migrationspolitik der Bundesrepublik und der EU wird sich als ein gewichtiges Feld politischer Bewährung erweisen. Es ist nicht auszuschließen, dass es im 21. Jahrhundert an die erste Stelle der gesellschaftlichen Problemskala rücken und noch vor der Arbeitslosigkeit rangieren wird.

V. „Europa eine Seele geben“⁸²

Antifaschismus und Auseinandersetzung mit einer sich wandelnden extremen Rechten haben auch eine kräftige europäische Dimension.

Historisch waren die Aufrichtung des NS-Regimes und sein Krieg gegen die gesamte zivilisierte Welt gerichtet. In besonderem Maße litten die europäischen Völker unter dem Nazismus, der ihnen Aggression und Okkupation mit einem erklärte und begonne-

79 Ebenda, S. 91, 94.

80 Datenreport 1999. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Bonn 2000, S. 44.

81 Der Fischer Weltalmanach 2000. Hrsg. von Mario Baratta, Frankfurt/M. 1999, Spalte 1024.

82 Das Wort stammt von Jean Kahn, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der damit das Anliegen dieser Stelle charakterisieren wollte. Siehe: Europa eine Seele geben. Einrichtung der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Jahresbericht über die Aktivitäten 1998. Teil I, o.O., o.J., S. 3-6.

nen germanozentrischen Weltherrschaftsanspruch brachte. Die Vernichtung ganzer Völker gehörte unablässig zu diesem Programm, dem die Wehrmacht als Instrument diente. Zwischen den europäischen Völkern formte sich allmählich und widerspruchsvoll eine in ihrer Stärke sehr differenzierte Abwehr gegen den deutschen Faschismus und seine italienischen und japanischen Verbündeten. Stärkster Ausdruck dafür war die Antihitlerkoalition. Ihr gehörten Ende des zweiten Weltkrieges mehr als 50 Staaten der Welt an. Im Verlaufe des zweiten Weltkrieges schlossen sich neben den fünf Großmächten – Sowjetunion, USA, China, Großbritannien, Frankreich – folgende Länder mit ihren Streitkräften dem Kampf gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten an: Albanien, Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, Indien, Neuseeland, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien u. a. sowie eine Reihe von Staaten, die den Hauptteilnehmern mit Kriegsmaterial u. a. Mitteln halfen (z. B. Mexiko). Formell gehörten auch einige Staaten der Antihitlerkoalition an, die Hitlerdeutschland erst kurz vor seiner Zerschlagung den Krieg erklärten (z. B. die Türkei). Ein natürlicher Verbündeter der Antihitlerkoalition war die Widerstandsbewegung, die sich innerhalb der Völker entfaltete. Sie wuchs in unterschiedlicher Stärke in Polen, in der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Frankreich, Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, China, Indonesien, Vietnam, Burma, auf den Philippinen und in anderen Ländern. Der Kampf der Antifaschisten in Rumänien, Bulgarien und Ungarn trug dazu bei, dass diese Länder 1944 auf die Seite der Antihitlerkoalition übergingen. Auch in Deutschland stellten sich Menschen gegen Hitler und sein Regime. Der Antifaschismus, der in diesen Völkern in unterschiedlicher Intensität lebendig war, erlitt im Verlauf des Kalten Krieges eine deutliche Schwächung. Gleichwohl zeigte sich auch seit 1989/90, dass die Erlebnisse des Zweiten Weltkrieges und die Erfahrungen mit Faschismus sowie des Kampfes gegen ihn lebendig sind, gelegentlich auch in Form einer Sorge vor einem zu starken und zu selbstbewussten Deutschland verständlicherweise aufscheinen. Den Antifaschismus als ein verbindendes Element zwischen den europäischen Staaten, Völkern und Menschen zu bewahren und dafür auch stets neu Mittel bereitzustellen und Energien einzusetzen, ist ein Anliegen antifaschistischer Arbeit am Eingang des 21. Jahrhunderts.

Seit 1999/2000 finden verstärkt internationale Diskussionen über Perspektiven Europas und der Europäischen Union statt. Immer mehr zeigt sich, dass die Konsequenzen der bevorstehenden Erweiterung der EU in der öffentlichen Meinung in Europa nicht ausreichend bewusst sind. Durch die umfassende Erweiterung von 15 auf 27 oder noch mehr Mitgliedsstaaten erfährt die EU eine „grundlegende Umwälzung“ und Entwicklungen, die „in der Geschichte des europäischen Aufbauwerkes ohnegleichen“⁸³ sein werden. Zu oft und zu einseitig stehen Institutionen und Strukturen der EU im Zentrum der Debatten.

Hier soll zumindest auf drei Gesichtspunkte aufmerksam gemacht werden:

Erstens muss zwingend der Sozialstaat erhalten und ausgebaut werden, nicht zuletzt – und dieser Aspekt fehlt in aller Regel in den Diskussionen der Politiker – um der extremen Rechten auf diesem Kontinent Boden zu entziehen. Allmählich indes scheint

83 Hubert Védrine: Klassischer Föderalismus oder Föderation von Nationalstaaten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Juni 2000, S. 4.

die Erkenntnis, dass sich „Fremdenfeindlichkeit durch abnehmende soziale Stabilität in ganz Europa noch verschlimmert“⁸⁴, Verbreitung zu finden.

Zweitens erweist sich die Analyse der extremen Rechten in Gesamteuropa als ein eigenständiges Feld wissenschaftlicher Herausforderung. Während Westeuropa als insgesamt recht gut ausgeleuchtet angesehen werden kann, müssen für Osteuropa schwerwiegende Wissenslücken und theoretische Defizite zur Analyse dessen, was dort extrem rechts ist, vermerkt werden.

Drittens muss es ein ständiges Anliegen werden, Europa in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Blick zu behalten.

Dem letztgenannten Anliegen dient die 1997 vom Europäischen Rat erlassene Verordnung zur Einrichtung einer „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ mit Sitz in Wien. Hauptaufgabe dieser Beobachtungsstelle ist es, das Ausmaß und die Entwicklungen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der EU zu beobachten und die Ursachen, Folgen und Auswirkungen zu analysieren. Sie sammelt Daten. Sie soll zu einer „Denkfabrik“ für Europa werden. Außerdem wurde die Stelle beauftragt, ein „Europäisches Informationsnetz über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Raxen)“ aufzubauen, zu koordinieren und einen Jahresbericht über die Lage in der Gemeinschaft zu veröffentlichen. Sie arbeitet auch Schlussfolgerungen und Gutachten für die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten aus und initiiert Forschungsarbeiten sowie Rundtischgespräche u. ä. in den Mitgliedsstaaten. Sie erstellt einen öffentlich zugänglichen Dokumentationsfonds. Die Beobachtungsstelle, die 1998 über Mittel in Höhe von 2 Mill. EUR verfügte, wird von einem Verwaltungsrat geführt, der am 20. und 21. Januar 1998 erstmals in Wien zusammentrat. Er wählte Herrn Jean Kahn zu seinem Vorsitzenden und ernannte später die Direktorin, Frau Beate Winkler. Sie ist die gesetzliche Vertreterin der Beobachtungsstelle.

In ihrem Jahresbericht 1998 traf die Beobachtungsstelle eine Reihe von interessanten Feststellungen:

1. Rassismus ist ein „modernes Phänomen“.⁸⁵

2. Kein Land kann 50 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg von sich behaupten, es hätte Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vollständig besiegt. Die fünfzehn Länder der EU werden heutzutage durch einen Anstieg bei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bedroht – und zwar nicht in dem Maße, wie wir es vor mehr als fünfzig Jahren unter dem totalitären Regime erlebt haben, sondern durch neue versteckte Formen, die in einer demokratischen Gesellschaft wachsen und gedeihen können. „In ganz Europa ist der ‚Schutzgürtel‘ gegen Rassismus schwach.“⁸⁶

3. Ein Vergleich der Eurobarometer von 1989 und 1997 zeigte, dass in den letzten Jahren einerseits rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen in Europa zugenommen haben und andererseits das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten sehr stark nachgelassen hat.

84 Europa eine Seele geben. Einrichtung der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Jahresbericht über die Aktivitäten 1998. Teil I, o.O., o.J., S. 13.

85 Jahresbericht 1998 (Zusammenfassung). Hrsg. von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Teil II: Der Wirklichkeit ins Auge sehen, o.O., o.J., S. 10.

86 Ebenda, S. 16.

4. Es gibt das Phänomen massiver Gewalt, das sich über eine mehr oder minder lange Zeitspanne hinweg explosivartig entwickelt. „Am beunruhigendsten jedoch ist in allen Mitgliedsstaaten der Union die Entwicklung eines schleichenden Rassismus, der im täglichen Leben banalisiert wird, und von Diskriminierung, die durch die Gleichgültigkeit der Allgemeinbevölkerung oder auch auf institutioneller Ebene erst möglich gemacht wird.“⁸⁷

5. In ganz Europa sind die Hauptopfer von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Ausländer und ethnische Minderheiten.

6. Der Umgang mit dem Migrationsdruck aus Ost- und Südosteuropa sowie aus entferntesten Regionen der Welt kann nicht einfach auf repressive Art und Weise erfolgen. Die Aufnahme von Ausländern oder Menschen ausländischer Herkunft in den europäischen Raum muss ihre Integration und die Gewährung von Rechten beinhalten. „Aus diesem Grund ist eine effektive europäische Immigrations- und Asylpolitik wesentlich, um Rassismus vorzubeugen.“⁸⁸

Vor diesem Hintergrund wären auch Initiativen denkbar, den Antifaschismus, der bislang begrifflich in den Dokumenten der Beobachtungsstelle nicht auftaucht, zu verankern: als Aufgabe für die Geschichtskultur und -politik in Europa. Hier eröffnet sich im Konkreten ein weites Feld. Auch in die in Arbeit befindliche Grundrechtecharta der EU sollte der Antifaschismus ebenso wie Antirassismus, wie Auseinandersetzung mit Neonazismus und modernisiertem Rechtsextremismus und Migrationspolitik aufgenommen werden und mit sozialen Wertvorstellungen fest verbunden werden. Auch für die für 2001 anberaumte Weltkonferenz zu Rassismus wäre dies ein Thema.

Neue Aufgaben auch im Sinne eines angewandten antifaschistischen Lebensverständnisses und in Abwehr von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erwachsen aus der Erweiterung der Europäischen Union. Der Vertrag von Amsterdam, der am 1. Mai 1999 für die EU in Kraft trat, betont, dass „die Union auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit beruht, diese Grundsätze sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam“.⁸⁹ Damit ist es erstmals möglich, bei schwerwiegenden Verletzungen der Grundsätze in einem Mitgliedsstaat Maßnahmen einzuleiten. Für Bewerberländer sind die Fragen der nationalen oder ethnischen Herkunft besonders relevant. Der Schutz von Minderheiten stellt ein wichtiges Element für die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den Bewerberländern dar. Im Jahre 1993 formulierte der Europäische Rat in Kopenhagen politische Kriterien, die von den Bewerberländern zu erfüllen sind. Er stellte fest, dass der Beitrittskandidat als Voraussetzung für die Mitgliedschaft „eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben“⁹⁰ muss. Das Ausmaß des Problems der Minderheiten wurde in der Agenda 2000

87 Ebenda, S. 15.

88 Ebenda, S. 15.

89 Zitiert nach: Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat (Tagung am 3. und 4. Juni 1999 in Köln) über die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den Bewerberländern (Gz 8831/99), o.O., o.J., S. 1.

90 Ebenda, S. 2.

wie folgt wiedergegeben: „Die Minderheiten stellen 22% der Bevölkerung in Lettland (wo 34% Russen leben), 38% in Estland (30% Russen), 20% in Litauen (9, 5% Russen, 7% Polen), 18% in der Slowakei (11% Ungarn, 5% Roma), 14% in Bulgarien (9% Türken, 5% Roma) und 13% in Rumänien (8% Ungarn, 4% Roma).“ Beispielsweise wurden für Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn und Rumänien die weitere Integration der Roma als Priorität festgelegt; für Lettland und Estland wurde betont, dass die Integration von Nicht-Staatsangehörigen beschleunigt werden sollte.⁹¹

VI. „Spielräume nutzen!“⁹²

Unter dem Eindruck rechtsextremer Gewalttaten verdichtete sich im Sommer 2000 in Deutschland die Debatte über den Rechtsextremismus. Eine Fülle von Vorstellungen wurde geäußert. Sie setzten das regierungsgestützte „Bündnis für Toleranz“ fort, führten aber auch zu neuen Überlegungen und Positionsbestimmungen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder sicherte im August 2000 in Eisenhüttenstadt ein energisches Vorgehen des Staates gegenüber dem Rechtsextremismus zu. Bundesinnenminister Otto Schily forderte eine Stärkung des Bundesgrenzschutzes (BGS) und seinen Einsatz sowie Demonstrationseinschränkungen an historisch sensiblen Orten. Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin warnte vor der Mentalität des Wegsehens. Ministerpräsident Manfred Ringstorff appellierte persönlich an die Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Vizeministerpräsident Helmut Holter erklärte, dass die Täter die Härte des Gesetzes treffen müsse. Bundesaußenminister Joseph Fischer äußerte sich betroffen über den Umgang mit Ausländern in Deutschland. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen wird sich mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und den Fraktionsvorsitzenden des Abgeordnetenhauses treffen, darunter auch Vertretern des DGB, der IHK und von Fußballklubs. Die Landesinnenminister Bayerns, Beckstein, und Baden-Württembergs, Schäuble, forderten das Verbot der NPD. Die PDS-Politiker Gabi Zimmer und Gregor Gysi betonten, dass der Rechtsextremismus keine Lösung für gesellschaftliche Probleme anbieten könne und plädierten für eine deutliche Stärkung der antifaschistischen Substanz in Deutschland. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky forderte ein Ende der „Betroffenheitslyrik“ und die Schaffung einer „Atmosphäre der Unduldsamkeit“. Der Stellvertretende Vorsitzende der PDS, Diether Dehm, setzte sich dafür ein, die Verbotsdiskussion (zur NPD) strikt vom Demonstrationsrecht zu trennen. Er verwies darauf, dass Politiker wie Kurt Beck (SPD) als Einpeitscher des Asylkompromisses rassistische Parolen hoffähig gemacht habe. Die Spitzenpolitikerin von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, wandte sich gegen ein NPD-Verbot und gegen die Weiterführung der sog. akzeptierenden Jugendarbeit und setzte sich für eine spezielle Jugendarbeit und für eine Verbesserung der Lehrerausbildung ein. Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfrak-

91 Ebenda, S. 2.

92 Lothar Evers: Die Opfer der NS-Zwangsarbeit und die solide Arroganz der Macht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln 2000, Heft 7, S. 843.

tion, Alois Glück, beklagte den Mangel an Werten in der Gesellschaft und akzentuierte die wertbildende Rolle der Familie und von Vereinen. Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf sah in der Änderung des Zivilrechtes eine Möglichkeit, bürgerschaftliches Handeln gegen den Rechtsextremismus und – wie er betonte – gegen den Extremismus generell zu stärken. FDP-Vorsitzender Wolfgang Gerhard regte an, ein mit 300 Mill. DM untersetztes Programm zur Erziehung zur Demokratie aufzulegen. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, plädierte für die Verbesserung der pädagogischen Aufklärung und forderte ein Vorgehen gegen rechtsextremes Gedankengut, das im Internet verbreitet wird. Der DGB kündigte an, im Internet unter www.dgb2000.de Handlungsmöglichkeiten gegen den Rechtsextremismus zu diskutieren. Der Verfassungsschutz erklärte, gegen den Rechtsextremismus im Internet anzutreten. Mehrere Firmen, darunter Siemens, Herlitz, Schultheiss, betonten, rechtsextreme und rassistische Äußerungen und Handlungen von Mitarbeitern zu ahnden. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ludolf von Wartenberg, brachte seine Befürchtungen über eine durch rechtsextremes Klima eingeschränkte Investitionspolitik ausländischer Firmen zum Ausdruck. Der Bundesverband des deutschen Groß- und Einzelhandels wandte sich gegen die extreme Rechte. Das PEN-Zentrum Deutschland begrüßte die Auseinandersetzung und verwies darauf, dass Politiker mit ihren öffentlichen Erklärungen jahrelang Fremdenhass geschürt haben. Viele bürgerschaftliche und kommunale Initiativen entstanden oder verstärkten ihre Arbeit. Dabei wurde deutlich, dass im Laufe von Jahren ein beachtliches, von offiziellen Stellen oft missachtetes handlungsfähiges Potential gegen den Rechtsextremismus entstanden war, das sich im Sommer 2000 profilierte. Offensichtlich entwickelt sich eine neuartige Kultur unter Jugendlichen, die das antifaschistische Erbe in vielfältigen Formen und auch unter anderen Begriffen weiterzutragen sucht. Michel Friedman, CDU-Politiker und stellvertretender Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, kündigte die Organisation eines großen Pop-Konzertes gegen die extreme Rechte an. Der Publizist Erich Böhme fragte in dieser Situation: „Wie wirkt wohl der populistische Postkartenterror eines Roland Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft von Ausländern auf leicht verführbare Jugendliche, wie der Nonsens-Spruch des Jürgen Rüttgers gegen die Greencard-Holder und was sollen die Glatzköpfe von dem Wirrsinn des Otto-Schily-Spruchs denken, das Boot sei voll? Wen wundert es, dass die gegen Ausländer auf die Straße gehen, obwohl wir die – von der sonst so viel beschworenen Humanität mal abgesehen – als bald bitter nötig haben. Wie scheinheilig wirkt die Bild-Zeitung mit ihren Testemonialfotos von Ausländern in Deutschland, wo sie doch jahrelang rauschgiftsüchtige, vergewaltigende und herumlungende ‚Farbige‘ durch die Druckerschwärze gezogen haben!“⁹³ Der innenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, regte die Gründung einer Bundesstiftung an, die zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen in ihrem Kampf finanziell unterstützen könne. In Nordrhein-Westfalen wurde unter Mitwirkung des Ministerpräsidenten ein Bündnis „Toleranz und Zivilcourage“ auf den Weg gebracht. Es kam zu Sonderkonferenzen von Staatssekretären. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, ein Verbot der NPD zu prüfen. Die Bundesregierung beschloss, lokale Initiativen mit einem Programm „Arbeit und Qualifizierung gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ aufzulegen und für drei Jahre mit insgesamt 75 Mill.

DM zu finanzieren. Zudem werden 10 Mill. DM für die Opfer rechtsextremer Gewalt zur Verfügung gestellt. Ab 1. September 2000 wird bundesweit ein Notfall-Telefon eingerichtet. Im Innenministerium von Rheinland-Pfalz wird ein eigenständiges Referat Rechts-Extremismus eingerichtet werden. Ein Veranstaltungsprogramm für Schulen und Handlungsempfehlungen für Kommunen werden erarbeitet. Der Landtag dieses Bundeslandes beschloss eine Richtlinie „Handeln statt wegsehen – null Toleranz gegen Rechts“. In Potsdam wird ein „Kommunales Netzwerk gegen Rechts“ weiterentwickelt. Eine Regionalkonferenz mit dem Bundespräsidenten Johannes Rau wird dort vorbereitet. Einen interessanten Gedanken speiste der Wissenschaftler Wilhelm Heitmeyer in die Debatte ein. Man könne nicht so tun, als haben diese rechtsextremen Gruppen mit den aktuellen ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in dieser Gesellschaft nichts zu tun; so, als seien es Sonderfälle abseits einer ansonsten intakten Gesellschaft. Gewalt werde am häufigsten in der Familie erfahren und als effektives und erfolgreiches Handeln erlernt. Dramatisch spitze sich die Entwicklung zu, wenn die eigene soziale Integration gefährdet sei. Wer einem Anerkennungszerfall ausgesetzt ist, erkennt auch andere Personen und soziale Normen nicht mehr an. Komplizierte Abläufe seien dies, die auf dem Nährboden der Verunsicherung zur scheinbaren Sicherheit im Deutschsein und in extremen Gruppen führten. Statt von Toleranz zu sprechen und diese einzufordern, müsse gefragt werden: Wie kommen wir zu einer neuen Kultur der Anerkennung?⁹⁴

Konzentrierte Vorschläge kamen weiter aus der PDS, so von einem Beschluss des Parteivorstandes vom 14. August 2000⁹⁵ und von Ulla Jelpke (MdB – für die PDS)⁹⁶.

Eine bemerkenswerte Vielfalt. Vieles steht noch zu stark nebeneinander und ist konzeptionell nicht verbunden. Es fehlt noch ein gemeinschaftliches Durchdenken der Dinge, z. B. auf bundesweiten Konferenzen verschiedenster Kräfte parlamentarischer und außerparlamentarischer Herkunft sowie in differenziert strukturierten Beratungen von kompetenten Menschen. Eine feste Allianz zwischen großen Teilen der Bevölkerung, zwischen Staat und Gesellschaft, Regierung und Volk existiert noch nicht. Die Gefahr von Vereinseitigungen und schnellen Antworten und Maßnahmen ist fühlbar. Manches konzentriert sich thematisch zu stark auf ein Verbot der NPD oder auf die direkt sichtbare Gewalt. Das Ende der Kriminalisierung, Verächtlichmachung und Unterschätzung von „Antifaschismus“ – ein Wort, das in der Debatte kaum vorkommt – ist längst noch nicht in Sicht. Es erscheint weiterhin bedenklich, dass oft gleichzeitig von rechtem und linkem Extremismus gesprochen und auch so gedacht wird. Auch der oft geäußerte Verdacht, manche wollten nur ein mediales Sommerloch stopfen, soll nicht gänzlich vergessen werden.

93 Erich Böhme: Pogrome vor der Haustür?, in: Berliner Zeitung, 19./20. August 2000, S. 4.

94 Nach Peter Schilder: An gutem Willen nicht gefehlt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. August 2000, S. 4.

95 Handeln gegen Rechts. Beschluss des Parteivorstandes der PDS vom 14. August 2000. Flugblatt.

96 Ulla Jelpke: 10-Punkte Sofort-Programm, in: MdB-Pressedienst, Nr. 1819 vom 15. August 2000.

VII. Antifaschistische, Geschichte aufarbeitende und demokratische Anstrengungen als Millimeterwerk

Zumindest seit 1989/90 waren in Deutschland die Energien noch nie so konzentriert gegen die extreme Rechte gerichtet gewesen, wie dies im Sommer 2000 geschah. Es entfaltete sich die bemerkenswerte Chance, in der Auseinandersetzung mit dem Rechts-Extremismus eine qualitative Veränderung im Klima der Gesellschaft zu erreichen, im politischen Leben die demokratische Substanz fühlbar zu stärken und die politische Alltagskultur nachhaltig zu beeinflussen.

Dazu bedarf es eines ergebnisorientierten Handelns auf vielen Ebenen. Nach allen Erfahrungen ist ein langer Atem vonnöten. Nicht große Sprünge sind zu erwarten und nicht vollmundige Sprüche („Antifaschismus heißt Angriff“ – „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“) helfen weiter, sondern die Kraft zur demokratischen Millimeterarbeit im Sinne des Artikels 1 des Grundgesetzes ist gefragt. Nur folgendes sei hier skizziert:

Die Gesetzgebung der Bundesrepublik bedarf einer demokratischen Erweiterung. So wäre der Artikel 139 des Grundgesetzes durch eindeutige Artikel zu ergänzen, die jedwede Reaktivierung des Nationalsozialismus und anderer Formen des Faschismus sowie deren Verherrlichung verbieten. Das Staatsbürgerschaftsrecht muss weiter reformiert werden. Grundsätzlich wäre das Recht der Bundesrepublik einer Reform zu unterziehen und durch mehr Demokratie, auch Volksentscheide und Runde Tische, zu ergänzen. Eventuell muss auch die Zivilgesetzgebung verbessert werden, indem demjenigen mehr Schutz gewährt wird, der im Alltag gegen die extreme Rechte auftritt.

Jedweder Ideologie der Ungleichheit – d. h. Ungleichwertigkeit der Menschen – ist entgegenzutreten.

Der Sozialstaat muss verteidigt und energisch ausgebaut werden. Die Perspektivsicherung des sozialen und kulturellen Besitzstandes der Bevölkerung muss stärkeres Gewicht erhalten.

Eine Werte- und Identitätsdiskussion in der Gesellschaft ist vonnöten. Rechtsextremismus, Terrorismus, gewaltbereiter Fundamentalismus, Rassismus, Antisemitismus müssen geächtet und als sittenwidrig von jedem zurückgewiesen werden. Das kann durchaus zu einer Art Grundkonsens in der Gesellschaft beitragen – Rituale wie der 27. Januar gehören dazu.

Die Regierungsstruktur und die Politik müssen weiterentwickelt werden. Notwendig sind die Ausarbeitung und Praktizierung einer weitsichtigen Migrationspolitik der Bundesrepublik. Auch ein entsprechendes Bundesministerium ist gefragt.

Von Nutzen wären eine Staatliche Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland und die Gründung eines leistungsstarken Instituts und Dokumentationszentrum für angewandte Rechtsextremismus- und Rassismusforschung. Es sollten getrennte C4-Professuren für Faschismusforschung, für Antifaschismusforschung, für Rechtsextremismus- und Rassismusforschung eingerichtet werden.

Konsequente Maßnahmen und Verbindlichkeiten im Schulwesen über die Kultusministerkonferenz sind geboten, so zur deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 und zum Rassismusproblem. Gleiches gilt für die politische Bildung und für die öffentlich-recht-

lichen Medien. Das Pressegesetz wäre zu überprüfen, ob es neuen Anforderungen genügt. Spezielle Konferenzen für Pädagogen, Journalisten usw. könnten hilfreich sein.

Die offizielle Politik muss gezwungen werden, mit der Verharmlosung des Rechtsextremismus, die sie jahrelang betrieben hat, grundsätzlich aufzuhören. Sie muss zudem ständig so beeinflusst und kontrolliert werden, dass sie nicht zum Stichwortgeber für rechte Gewalt wird.

Kulturelle, künstlerische, journalistische und wissenschaftliche Werke, die dem genannten demokratischen Anliegen verpflichtet sind, bedürfen einer gezielten Aufwertung, einer staatlichen Aufmerksamkeit und einer weitreichenden Förderung.

Bestehende nazistische und rechtsextreme Parteien und Organisationen wie andere Strukturen sind möglichst zu verbieten.

Es sind bedeutend mehr Finanzmittel für Jugendarbeit und breite Information der Bevölkerung einzusetzen.

Es könnte von der Regierung eine Art Ständiges Forum der Verständigung gegen Rechts gebildet werden, das regelmäßig zusammentritt und in dem alle Parteien, die Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbände usw. an einem Tisch sitzen. Die Regierung sollte jedes Jahr dem Bundestag einen Bericht zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorlegen. Alles sollte einem Klima dienen, in dem der Antifaschismus, die antifaschistischen Organisationen und Repräsentanten und Bündnisse gegen Rechts nicht mehr diskreditiert werden. Ein neues Klima in der Gesellschaft ist gefordert.

Nur in einem solchen breiten, stabilen, differenzierten gesellschaftlichen und staatlichen Netz von Widerstand und konstruktiver Lösung liegen reale Chancen.

Der mehrfach zitierte Lothar Evers empfahl im Juli 2000, „Spielräume zu nutzen“.

In der Tat gilt nun: Hic Rhodus – hic salta!

„Man muss nur wollen“, sagte Paul Spiegel nachdenklich in der Sommer-Debatte des Jahres 2000.⁹⁷

97 Paul Spiegel: Man muss nur wollen, in: Neues Deutschland, 5./6. August 2000, S. 3.